



» BILDUNG(S)
GESTALTEN «

01 ▲ 2015

OFFENE JUGEND ARBEIT



Praxis
Konzepte
Jugendpolitik




BAG
OKJE

Bundesarbeitsgemeinschaft
Offene Kinder- und
Jugendeinrichtungen e.V.

www.offene-jugendarbeit.info

INHALT

- 3 ZUR EINFÜHRUNG**
- 6 WILLI LIEBING**
»Entwickeln und Fördern!«
BILDUNG(S)GESTALTEN – ein Projekt stellt sich vor
- 10 UWE SCHULZ**
Kinder- und Jugendarbeit in kommunalen Bildungslandschaften
- 14 ESTHER MONTZKA**
Mädchenarbeit ganzheitlich gedacht
- 18 KATIA HEIBEL, KATHARINA SAUERBIER**
„Irgendwann dachte ich, dass ich umkippe vor Freude!“
Das Praxisprojekt „Die Spielstadt“ der BILDUNG(S)GESTALTEN am Standort Gelsenkirchen-Bismarck in Kooperation mit der Antonius Förderschule und dem Fritz-Steinhoff-Haus vom 10.6.2013 – 14.6.2014
- 24 ANDREA STEUERNAGEL**
Freiraum bildet
- 28 ANGELIKA LÜCKE, DIETER HEINRICH**
Systemischer Familienansatz und das Partizipationskonzept in Wattenscheid-Mitte
- 32 ERICH SASS**
Bildungslandschaften von unten – ausgewählte Ergebnisse des Projekts BILDUNG(S)GESTALTEN aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung
- 40 DOKUMENTATION BILDUNG(S)GESTALTEN**
BEARBEITET VON DER REDAKTION
Folgerungen und Forderungen des Projektes BILDUNG(S)GESTALTEN

TITELFOTO:
Progressiver Eltern- und Erziehverband (PEV)





Zur Einführung

„**BILDUNG(S)GESTALTEN**“ ist ein insgesamt sechs Jahre dauerndes Projekt in Federführung der Arbeitsgemeinschaft Offene Türen Nordrhein-Westfalen e.V. (AGOT-NRW), dem zentralen Zusammenschluss der frei getragenen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in NRW. Allein drei Jahre umfasste die Entwicklungsphase, drei weitere Jahre Projektpraxis folgten. *„Das Projekt war ein Versuch, an fünf strukturell unterschiedlichen Orten Bildung im umfassenden Sinn im Lebensalltag von Kindern, Jugendlichen, deren Familien und den örtlichen Akteur/-innen im Sozialraum zu gestalten“*, erläutert **Willi Liebing**, 1. Vorsitzender der AGOT-NRW e.V. und Hauptverantwortlicher für das Projekt. Das Ziel: *„Aus der Praxis, mit der Praxis und für die Praxis“* – mit Fokus auf Offene Kinder- und Jugendarbeit und Familienbildung. Zu welchen Erkenntnissen ein solch langwieriger und aufwendiger Prozess führen kann, zeigt diese Ausgabe anhand ausgewählter, fachlicher Einblicke.

Zu den Beiträgen:

Willi Liebing gibt in seiner Einführung einen Überblick über Entstehung, beteiligte Träger, Aufgabenverteilung und wissenschaftliche Begleitung.

Uwe Schulz, Referatsleiter im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW, verortet das Projekt in der Förderposition *„Kinder-/Jugendförderung in kommunalen Bildungslandschaften“*, in dem Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen im Zentrum stehen. Er sagt: *„Mit dem seit jüngere beendetem AGOT-Projekt und zwei dem-*

nächst auslaufenden Projekten ergibt sich im Jahr 2015 eine erste substanzielle Gelegenheit, die erzielten Ergebnisse zusammenfassend zu bewerten – und landesseitig in die jugendpolitische Ausgestaltung der Konzepte und Förderinstrumente zu kommunalen Bildungslandschaften einfließen zu lassen.“

Esther Montzka ist Projektkoordinatorin am Standort Gladbeck. Mit dem Internationalen Mädchenzentrum hatte das Projekt hier einen besonderen Themenschwerpunkt: *„Ausgehend von der langjährigen Standorterfahrung in der geschlechtshomogenen, geschlechtssensiblen und interkulturellen pädagogischen Arbeit war es der Ansatz, auch vor dem Hintergrund des gesetzlich verankerten Gender Mainstreaming-Gedankens, durch die Entwicklung neuer innovativer Konzepte in Gladbeck Anregungen zur Umsetzung in die kommunale Bildungslandschaft und die Ebene des Gesamtprojektes **BILDUNG(S)GESTALTEN** zu geben.“* Dazu gehören die Fachveranstaltungs-Reihe *„Bildung für Mädchen und Frauen in Gladbeck-Brauck“* und die erfolgreiche Kooperation mit Vereinen im Bereich Sport zur Schaffung neuer, bedürfnisgerechter Bewegungsangebote für Mädchen und Frauen als Beitrag zur interkulturellen Öffnung.

In Gelsenkirchen-Bismarck lagen die Schwerpunkte auf Partizipation, dem Abbau von Benachteiligungen und der Förderung von sozialer Selbstwirksamkeit. In der konkreten Umsetzung bedeutete das z. B. die Schaffung neuer Jugendkulturangebote im Stadtteil. **Katia Heibel**, Projektkoordinatorin am Standort, berichtet gemeinsam mit **Katharina Sauerbier** über das Praxisprojekt *„Die Spielstadt“*.

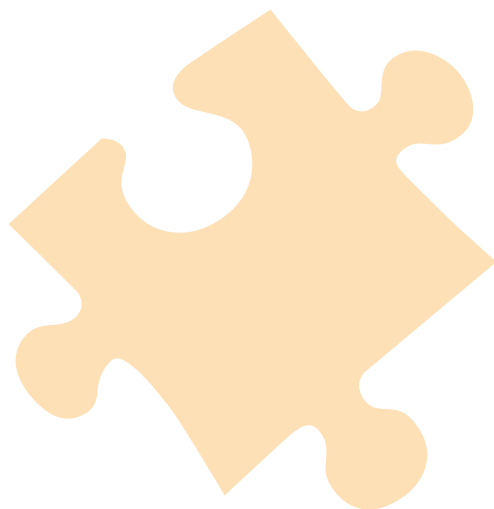
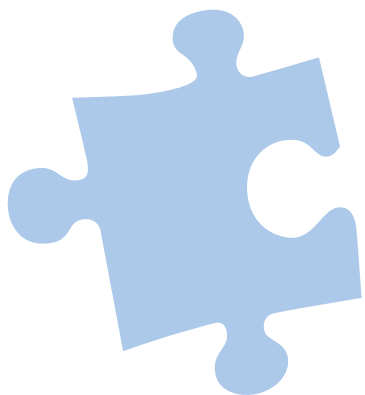
„Freiraum bildet!“, sagt **Andrea Steuernagel**. Sie ist Fachbereichsleiterin beim Jugendfarm Bonn e. V. und Trägervertreterin am Projektstandort Bonn. Aus dem Profilverband „Freiraumentwicklung“ entstanden partizipative Gestaltungsprojekte, darunter ein Projekt zu Naturerlebnisräumen an der Schule. „Ganztagsbildung statt Ganztagschule“ ist dabei der tragende Gedanke.

Die Entwicklung einer sozialräumlichen Bildungslandschaft in Bochum-Wattenscheid-Mitte wurde vom Progressiven Eltern- und Erzieherverband (PEV) organisiert und ausgestaltet. **Dieter Heinrich** ist Geschäftsführer beim PEV Landesverband NW am Projektstandort Wattenscheid, **Angelika Lücke** die Standortkoordinatorin. Die Schwerpunkte „Bildung durch Bindung“ und „Schaffung von Aneignungsgelegenheiten“ münden unter dem Motto „HATWATT!“ in Theaterprojekte, Jugendworkshops, Zirkus-AG, Freiräume und vieles mehr. Fazit der Autor/-innen: „*Motivation, Spaß und Zweckfreiheit als Attribute dieser informellen Bildungsangebote förderten gerade bei den Kindern und Jugendlichen immer neue*

Ideen zutage. Somit erweiterte sich der Aktionsraum auf den gesamten Stadtteil und darüber hinaus. Diese praktizierte Selbstwirksamkeit setzte soziale Grenzen außer Kraft und integrierte unterschiedliche Fähigkeiten sowie kulturelle Prägungen.“

Erich Sass ist Mitarbeiter des DJI/TU Dortmund, welches das gesamte Projekt eigenständig wissenschaftlich begleitet hat. Unter dem Titel „Bildungslandschaften von unten“ präsentiert er aus dieser Perspektive ausgewählte Ergebnisse des Projekts **BILDUNG(S)GESTALTEN**. Beleuchtet werden Projektstruktur und lokale Vernetzung, Angebote und Lerngelegenheiten, Kontakte zu den Regionalen Bildungsnetzwerken und Herausforderungen für die Kommunen.

Selbstverständlich ist ein Projekt allein mit den Ergebnissen nicht abgeschlossen. Aus den Erkenntnissen ergeben sich Folgerungen und Forderungen für die Fachpraxis, an die Kommunen, an die Landespolitik und an die Debatte um Kommunale Bildungslandschaften.





„Meine 2. Heimat das Juze“ – Die Informationsbroschüre der AGJF zu den Grundsätzen und Leistungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Sie ist gedacht für Fachkräfte, die ihre Arbeit darstellen wollen (oder müssen) und für interessierte Laien, die sich über die Offene Kinder- und Jugendarbeit informieren wollen. Erhältlich als Download unter http://agjf.de/tl_files/Bilder/Downloads/AGJF-Broschuere-web.pdf oder als kostenlose Druckversion bei der AGJF Geschäftsstelle.

„Selbstdarstellung“ der AGJF

Download unter http://agjf.de/tl_files/Bilder/Downloads/Selbstdarstellung-web.pdf



»Entwickeln und Fördern!« BILDUNG(S)GESTALTEN – ein Projekt stellt sich vor

„Kommunale Bildungslandschaften aus Sicht der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Familienbildung“ ist der etwas sperrige Arbeitstitel des Projektes BILDUNG(S)GESTALTEN, dessen Ausgestaltung zugleich einen ambitionierten Anspruch an die Offene Kinder- und Jugendarbeit und die Familienbildung in Nordrhein-Westfalen formuliert. Hinter diesem Arbeitstitel verbirgt sich ein langjähriges Praxisprojekt in Federführung der Arbeitsgemeinschaft Offene Türen Nordrhein-Westfalen e.V. (AGOT-NRW), dem zentralen Zusammenschluss der frei getragenen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in NRW, das 2008 mit einer dreijährigen Entwicklungsphase begann und nach drei Jahren Projektpraxis am 30.9.2014 endete.

„Aus der Praxis, mit der Praxis und für die Praxis“ – mit Fokus auf Offene Kinder- und Jugendarbeit und Familienbildung – war zugleich Ansatz als auch Zielformulierung für dieses Vorhaben. Das Projekt war ein Versuch, an fünf strukturell unterschiedlichen Orten Bildung im umfassenden Sinn im Lebensalltag von Kindern, Jugendlichen, deren Familien und den örtlichen Akteur/-innen im Sozialraum zu gestalten. Die nun vorliegenden Ergebnisse sollen Mut machen, sich als Offene Kinder- und Jugendeinrichtung in die örtliche Bildungslandschaft einzubringen, um da, wo Bildung bisher hauptsächlich unter dem Vorzeichen Schule reflektiert wird, Bildungslandschaften sozialräumlich

weiterzuentwickeln und sich für politische Weichenstellungen einzusetzen, die diese Entwicklung befördern.

Entstehung

In Folge der Empfehlung einer grundlegend neuen Organisation von Bildung durch den 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, entwickelte sich in der Fachdiskussion ein Konzept kommunaler, regionaler bzw. lokaler Bildungslandschaften, das vor allem die Vorzüge der kleinräumigen Ebenen für den Einbezug sämtlicher bildungsrelevanten Akteur/-innen und der Adressat/-innen in die Gestaltung von Bildung hervorhob: Kommunale Bildungslandschaften sollen allen Kindern und Jugendlichen einen besseren Zugang zu vielfältigen Bildungs- und Erfahrungsorten ermöglichen und sie so zur Verwirklichung ihrer Vorstellungen eines guten Lebens befähigen.

Seitdem sind viele z. T. große, durchaus erfolgreiche Projekte und Programme auf den Weg gebracht worden. Aus der Sicht von Offener Kinder- und Jugendarbeit und Familienbildung sind die bisherigen Projekte jedoch insofern ernüchternd, als dass die Umsetzung hinter jene Potenziale zurückfällt, die das Konzept so attraktiv machen: So werden Verlauf sowie Inhalte und Methoden bei der Gestaltung von kommunalen Bildungslandschaften in der Regel durch zentrale Steuerungsgremien „von oben“ be-



- eine erste nach Projektbeginn, intern mit allen Projektbeteiligten zur Vergewisserung, ob der eingeschlagene Weg im Sinne aller Beteiligten verlief;
- die zweite (2013) als Präsentation der Zwischenergebnisse vor Fachöffentlichkeit;
- die dritte (2014), eine Kinder- und Jugendkonferenz, welche die In-Blick-Nahme der Sichtweisen und
- Bedarfe von Kindern und Jugendlichen auf das Thema Bildungslandschaften zum Ziel hatte.

Ein zentrales Moment von BILDUNG(S) GESTALTEN bestand darin, die Bildungslandschaft nicht durch eine übergeordnete

Struktur zu steuern, sondern sie gemeinsam mit lokalen Partner/-innen „von unten“ zu entwickeln und sich in die bereits vorhandene Bildungslandschaft vor Ort zu integrieren. In allen fünf beteiligten Kommunen wurden Standortkoordinator/-innen eingestellt und lokale Steuerungsgruppen gebildet, die jeweils individuell besetzt und benannt wurden (z. B. Lenkungs-, Steuerungsgruppen, Beiräte). Die Ausrichtung war überall dieselbe: Es ging darum, das Wissen der lokalen Akteur/-innen und multiprofessionellen Expert/-innen zum Ausgangspunkt für die praktische, inhaltliche und fachliche Gestaltung der Bildungsangebote vor Ort zu machen. In diesen „Keimzellen“ der neuen, sozialräumlichen

Vernetzung trafen die Pädagog/-innen aus Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit auf die Schulleiter/-in von nebenan, die Kindertagesstätten-Leitung auf die Leiter/-in der Musikschule im Quartier oder auch die Stadtteilpolitist/-in auf die Bezirksbürgermeister/-in, usw.

- das Gesamtprojekt,
- die fünf sozialräumlichen Bildungslandschaften,
- die beteiligten Organisationen und Einrichtungen,
- die Sozialräume und
- die Adressat/-innen (z. B. Schüler/-innenbefragungen).

Wissenschaftliche Begleitung

Über den gesamten Projektzeitraum hinweg evaluierte der Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/TU Dortmund, eigenständig vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert, kontinuierlich BILDUNG(S)GESTALTEN. Grundlegende Ziele dabei bestanden darin,

- zu überprüfen, ob die vom Projektträger formulierten Ziele des Gesamtprojektes und der fünf Kommunalen Bildungslandschaften bzw. der beteiligten Institutionen, erreicht wurden,
- das Projekt durch eine fachliche Begleitung aus wissenschaftlicher Perspektive fortlaufend zu optimieren,
- aus den Projektergebnissen Schlussfolgerungen zur weiteren Entwicklung kommunaler/lokaler Bildungslandschaften zu entwickeln.
- Neben der Gewinnung von empirischen Daten zur Überprüfung der Erreichung der Projektziele wurden Zwischenbefunde der Analysen bei Bedarf auf örtliche und Landesebene eingespeist, um so beratend auf den Projektverlauf Einfluss nehmen zu können.

Dabei zu betrachtende Untersuchungsgegenstände waren,

Die Ergebnisse

Dokumentiert werden die Erkenntnisse der Projektdurchführenden in einem zusammenfassenden Endbericht und in detaillierter Weise auf der Homepage www.dokumentation.bildungsgestalten.de. Dort finden sich neben ergänzenden Erfahrungsberichten aus den Standorten vor allem Beschreibungen der vielfältigen und innovativen Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche und Familien, die im Rahmen des Projektes entwickelt und durchgeführt wurden.

Unabhängig von der Berichterstattung des Projektträgers hat die wissenschaftliche Begleitung eine Reihe von themenorientierten Fachbeiträgen zum Projekt BILDUNG(S) GESTALTEN erstellt. Diese werden auf der Homepage des Forschungsverbundes Deutsches Jugendinstitut/TU Dortmund www.forschungsverbund.tu-dortmund.de veröffentlicht.

Das (auch finanzielle) Wagnis, sich über Trägergrenzen und Distanzen hinweg gemeinsam auf den Weg zu machen, hat sich aus Sicht der AGOT-NRW gelohnt. Alle Mitwirkenden von BILDUNG(S)GESTALTEN hoffen nun, dass die vielen positiven Ansätze und Ergebnisse die weitere Bildungsdiskussion anregen und Handlungsstrategien vor Ort und auf Landesebene entwickeln helfen.

Kinder- und Jugendarbeit in kommunalen Bildungslandschaften

Vor mittlerweile fast 20 Jahren legte die nordrhein-westfälische Bildungskommission ihre Denkschrift „Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft“ vor. Sie rief dazu auf, „regional gestaltete Bildungslandschaften“ zu entwickeln. Diese sollten, so hieß es damals, zu einer „Infrastruktur miteinander vernetzter Bildungsangebote“ ausgebaut werden. Seinerzeit brauchte dieser Gedanke noch einige Jahre, um zu „zündet“. Heute ist das kooperative Gestaltungskonzept „Bildungslandschaft“ vielfach diskutiert und ausgeleuchtet sowie in ebenso vielfacher Weise in die Praxis übertragen. So hat das Land Nordrhein-Westfalen unter der Federführung des Schulressorts ab dem Jahr 2008 allen Kreisen und kreisfreien Städten einen Kooperationsvertrag angeboten, um die Zusammenarbeit auf der örtlichen Ebene in Regionalen Bildungsnetzwerken (weiter-) zu entwickeln. In 50 von 53 Regionen sind solche Bildungsnetzwerke bis dato entstanden.

Dem Gedanken, ein kommunales (oder lokales) Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung aufzubauen, in dem Einrichtungen und Angebote im Sinne einer Infrastruktur konzeptionell miteinander verknüpft sind, liegt ein breiter Bildungsbegriff zugrunde. Das bedeutet, dass im kommunalen Raum neben den formalen

Bildungsinstitutionen (v. a. Kindertageseinrichtung, Schule) auch eine Vielfalt und eine Vielzahl von non-formalen Einrichtungen und Bildungsorten sowie informellen Lernwelten einzubeziehen ist, wie z. B. Museen, (Sport-)Vereine, Cliques und peer groups, Bibliotheken und vieles mehr, sowie nicht zuletzt auch die Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, wie z. B. Verbände, Jugendkunstschulen und Jugendzentren. Auch wenn die Schule im Leben von Kindern und Jugendlichen nach wie vor eine große Rolle spielt (die in Zeiten der flächendeckenden Einführung von Ganztagschulen sogar noch zunimmt), rückt sie in diesem breiten Konzept von Bildungslandschaften eher aus dem zentralen Fokus. Zugleich wird die Perspektive auf Kinder und Jugendliche gelenkt, die sich mit ihren vielfältigen Bedarfen, Interessen und Entwicklungsaufgaben in Bildungslandschaften bewegen.

Die Kinder- und Jugendarbeit kann in der so verstandenen kommunalen Bildungslandschaft eine wichtige Rolle spielen. Formal lässt sich ein solcher Geltungsanspruch aus dem Bildungsauftrag der Kinder- und Jugendarbeit auf der Grundlage des SGB VIII ableiten, der darin besteht, die Entwicklung junger Menschen zu fördern. Konzeptionell und in der Praxis gelingt dies der Kinder- und Jugendarbeit unter anderem dort, wo sie ihre Angebote kleinräumig als auch lebensweltorientiert ausrichtet und Kindern und Jugendlichen die Gelegenheit



bietet, sich in non-formalen und informellen Settings zu bewegen und zu bewähren, die Raum für Selbstbestimmung und -organisation lassen.

Diese Settings können natürlich auch am Ort Schule entstehen, bzw. in Zusammenarbeit mit der Schule. Denn im bildungs- wie auch jugendpolitischen Sinne nehmen das Schulgesetz wie u. a. auch das Kinder- und Jugendförderungsgesetz (3. AG-KJHG-KJFöG) des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Gebot der Kooperation von Schule und Jugendhilfe gegenseitig Bezug aufeinander. Durch das KJFöG sind die Jugendämter und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe seit dem Jahr 2005 dazu aufgefordert, ihre Aufgaben in Zusammenarbeit mit Schulen zu erfüllen und sich dabei sozialräumlich zu orientieren.

Diese Stränge – die Rolle der Kinder- und Jugendarbeit in einem erweiterten Konzept von Bildungslandschaft, in dem Schule eine bedeutende Position einnimmt, ansonsten aber die Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen im Zentrum stehen – laufen in der Förderposition „Kinder-/Jugendförderung in kommunalen Bildungslandschaften“ des Kinder- und Jugendförderplans (KJFP) des Landes Nordrhein-Westfalen zusammen. Das KJFöG (2005) verpflichtet das Land, einen solchen Förderplan in jeder Legislaturperiode aufzustellen, der zugleich das wichtigste kinder- und jugendpolitische Förderinstrument darstellt.

Mit der genannten Förderposition wird seit dem Jahr 2011 beabsichtigt, die sozialräumliche Zusammenarbeit von unterschiedlichen Bildungsakteuren vor Ort so zu verbessern, dass lokale oder kommunale Bildungslandschaften unter aktiver Mitwirkung der Kinder- und Jugendarbeit (weiter) ausgestaltet werden können. Diese Konstruktion trägt auch der Erfahrung Rechnung, dass die Jugendhilfe allgemein

(und die Kinder- und Jugendförderung im Besonderen) auf der Ebene der oben erwähnten Regionalen Bildungsnetzwerke in den 50 Kreisen und kreisfreien Städten eher zufällig und oft unzureichend beteiligt ist. Die Förderposition „Kinder-/Jugendförderung in kommunalen Bildungslandschaften“ ist mit Mitteln in Höhe von vier Mio. € jährlich ausgestattet. Gefördert werden auf Kooperation gerichtete Aktivitäten der Träger der Kinder- und Jugendhilfe (v. a. der Jugendarbeit oder Jugendsozialarbeit) mit weiteren Bildungsakteuren vor Ort (z. B. Ganztagschulen, Musikschulen, Sportvereine, Bibliotheken, Jugendkunstschulen etc.). Dabei sollen konkrete Angebote für Kinder und Jugendliche entwickelt und gemeinsam durchgeführt werden. Ziel ist es, durch die möglichst nachhaltige Kooperation zwischen den Bildungsakteuren einen sichtbaren Beitrag zu Aufbau oder Weiterentwicklung von Strukturen in Sozialraum, Stadtteil oder Kommune zu leisten und somit verbesserte Bildungsgelegenheiten für Kinder und Jugendliche durch gemeinsame Konzeptionen, Planungen, Absprachen, inhaltliche Verschränkungen o. ä. zu schaffen.

Neben einer großen Anzahl von einjährigen Kooperationsprojekten zwischen Partnern aus Jugendhilfe und Schule stehen konzeptionell zurzeit einige überjährige Entwicklungsprojekte freier Träger im Mittelpunkt der Förderposition. Diese sind dazu geeignet (und haben aus Sicht des Landes auch die Funktion), mehr als nur Schlaglichter auf die Chancen und Grenzen der beschriebenen jugendpolitischen Ausgestaltungsziele kommunaler bzw. lokaler Bildungslandschaften zu werfen. Folgende Projekte freier Träger in Nordrhein-Westfalen sind zu nennen:

➤ Das Projekt der Sportjugend NRW, „Der gemeinnützige Sport als Partner in Bildungslandschaften“ (2011 – 2017), hat

zum Ziel, die Zusammenarbeit von Ganztagschulen und Sportvereinen auszubauen und qualitativ weiterzuentwickeln. Das geschieht insbesondere durch die Arbeit von Koordinierungsstellen Ganztags, die zur Schärfung des Bildungsprofils der Stadt- und Kreissportbünde vor Ort beitragen. Deren zentrale Aufgabe ist die Entwicklung von Kooperationen des Sports mit kommunalen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.

- Das Projekt „Wir hier. Jugendverbände und Jugendringe in Kommunalen Bildungslandschaften“ des Landesjugendrings Nordrhein-Westfalen (2013 - 2016) strebt eine strukturelle Weiterentwicklung von Bildungslandschaften vor Ort an. Ziel ist das regelhafte Zusammenspiel von Jugendverbänden – als Bildungsträgern mit eigenem Bildungsprofil und Bildungsauftrag – und anderen Akteuren vor Ort, wie insbesondere der Schule. Dabei sollen Kinder und Jugendliche selbst an dieser Weiterentwicklung beteiligt werden und von „Nutzern“ zu „Mitgestaltern“ von Bildungslandschaften werden.
- Schließlich das Projekt „Bildung(s)gestalten. Offene Kinder- und Jugendarbeit und Familienbildung gestalten Bildungslandschaften“ der Arbeitsgemeinschaft Offene Türen Nordrhein-Westfalen (2011 bis 2014), das Gegenstand des vorliegenden Hefts ist (siehe u. a. die Beiträge von LIEBING und SASS). Auch hier ging es darum, Orte des non-formalen und informellen Lernens durch unterschiedliche Träger zu profilieren, die ihre Bildungsziele aufgrund der lokalen Bedingungen und Adressat/-innen an den Standorten bestimmen und in die Kooperation (z. B. mit Schulen, Familienbildung, Jugend- oder Kultureinrichtungen, sozialräumlicher Stadtteilarbeit) einbringen.

Eines der wenigen Projekte, das im Rahmen der Förderposition bisher von einem öffentlichen Träger beantragt und durchgeführt wurde, ist „Kommunale Bildungslandschaften aus Sicht der Kinder- und Jugendarbeit“ (2012 – 2015) des Kreisjugendamts Lippe. Dort hat man sich in einem ersten Schritt gezielt die Vernetzung von Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in den beteiligten Projektstandorten vorgenommen, um dann im nächsten Schritt auch die nachhaltige Zusammenarbeit mit weiteren Bildungspartnern (wie den Schulen) in den Blick zu nehmen. Weiterhin spielt im Projekt die kommunalpolitische Verankerung der Projektaktivitäten eine besondere Rolle. Im Lichte der beim öffentlichen Träger liegenden Planungs- und Steuerungsverantwortung für eine nachhaltige Ausgestaltung von Bildungslandschaften wurde hier die Möglichkeit genutzt, die Beteiligung und Mitgestaltung durch junge Menschen besonders hervorzuheben. Dies resultierte u. a. in einem weitreichenden Beteiligungsverfahren für Kinder und Jugendliche bei der Aufstellung des zweiten kommunalen Kinder- und Jugendförderplans (2014 – 2020), der folglich in Richtung auf eine deutlich verstärkte Partizipation von jungen Menschen akzentuiert worden ist.

Aus den bisherigen Zwischenergebnissen dieser Entwicklungsprojekte können bereits einige Erkenntnisse formuliert werden. Im Zentrum steht gegenwärtig zum einen das Ansinnen der Träger, die Angebote und Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen selbst zu vernetzen und zu profilieren. Dies dient zum anderen meist dazu, sich an existierende Bildungsnetzwerke vor Ort anzukoppeln (bzw. anschlussfähig zu werden) und mit weiteren Bildungspartnern z. T. neue, in jedem Falle aber nachhaltige Kooperationen einzugehen. Mit Blick darauf

werden aus der Förderposition des nordrhein-westfälischen Kinder- und Jugendförderplans auch zukünftig kooperative Projektvorhaben freier Träger in verbindlicher Kooperation mit weiteren Bildungsträgern gefördert. Zugleich soll auch die verantwortlich gestaltende Rolle der öffentlichen Träger der Jugendhilfe weiter ausgeleuchtet werden. Denn bereits jetzt ermöglicht die Position, koordinierende Tätigkeiten der Jugendämter beim Auf- und Ausbau von kommunalen/regionalen Bildungslandschaften zu fördern. Um die öffentlichen Träger bei dieser planerischen wie strategischen Aufgabe zu unterstützen, bereitet das Jugendministerium Nordrhein-Westfalens

gemeinsam mit den Landesjugendämtern Rheinland und Westfalen zurzeit eine Förderinitiative unter der Bezeichnung „Praxisentwicklungsprojekte Kommunale Bildungslandschaft der kommunalen Jugendpflege“ vor, die im Jahr 2015 beginnen soll.

Mit dem seit jüngerem beendeten AGOT-Projekt und zwei demnächst auslaufenden Projekten ergibt sich im Jahr 2015 eine erste substanzuelle Gelegenheit, die erzielten Ergebnisse zusammenfassend zu bewerten – und landesseitig in die jugendpolitische Ausgestaltung der Konzepte und Förderinstrumente zu kommunalen Bildungslandschaften einfließen zu lassen.

Anzeige

Streetdance in Baden-Württemberg

Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V.

Der Fotobildband zeigt die Streetdancer in Aktion: im Alltag, beim Training, bei Shows und Contests. Auch die Orte, an denen diese besondere Form der Jugendkultur zu finden ist, werden ins Bild gerückt: die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. In kleinen Texten, Statements und Geschichten erzählen Tänzer/innen und Mitarbeiter/innen von ihrer Leidenschaft. Sie geben Einblick in ihre Erfahrungen, ihre Ideen, in Schwierigkeiten und Erfolge und in das, was sie immer wieder am Streetdance begeistert.

Bezug:

108 Seiten, **Preis: 9,- €** zzgl. Versandkosten



Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten
Baden-Württemberg e.V.

Siemensstr. 11 · 70469 Stuttgart

Tel.: 0711-8969 15-0 · Fax: 0711-8969 15-88

E-Mail: info@agjf.de

www.agjf.de/index.php/shop.html

www.streetdance-bw.de



Mädchenarbeit ganzheitlich gedacht

Einen besonderen Themenschwerpunkt im Projekt BILDUNG(S)GESTALTEN hatte der Standort Gladbeck mit dem Internationalen Mädchenzentrum. Ausgehend von der langjährigen Standorterfahrung in der geschlechtshomogenen, geschlechtssensiblen und interkulturellen pädagogischen Arbeit war es der Ansatz, auch vor dem Hintergrund des gesetzlich verankerten Gender Mainstreaming- Gedankens, durch die Entwicklung neuer innovativer Konzepte in Gladbeck Anregungen zur Umsetzung in die kommunale Bildungslandschaft und die Ebene des Gesamtprojektes BILDUNG(S)GESTALTEN zu geben.

Das Internationale Mädchenzentrum, in Trägerschaft der Ev. Schülerinnen- und Schülerarbeit in Westfalen - eSw, ist eine interkulturelle Freizeit- und Bildungseinrichtung für Mädchen und Frauen in Gladbeck-Brauck, die im Jahr 2014 ihr dreißigjähriges Bestehen feierte. Zentrale Zielsetzung des Projektes BILDUNG(S)GESTALTEN in Gladbeck war es, die Bildungschancen für Mädchen und Frauen – mit und ohne Migrationshintergrund – im Sozialraum Gladbeck-Brauck durch Schaffung bedürfnisorientierter Angebote signifikant zu erhöhen. Insbesondere die von Armut und sozialer Benachteiligung betroffenen Mädchen und Frauen bildeten die adressierte Zielgruppe.

Im Fokus der Angebotsplanung stand die bedürfnisorientierte Umsetzung in Kooperation mit engagierten Bildungspartner/-innen vor Ort. Die vorhandene Angebotsstruktur des Internationalen Mädchenzentrums als außerschulische interkulturelle Freizeit- und Bildungseinrichtung und das langjähri-

ge Vertrauen in die Einrichtung machten es möglich, zahlreiche neue Bildungsangebote auf verschiedenen Ebenen erfolgreich zu platzieren. Die außerschulische Bildungsarbeit im Projekt BILDUNG(S)GESTALTEN richtete sich mit konkreten Angeboten an Mädchen, Frauen (Mütter) und deren Familien und an die Netzwerkpartner/-innen vor Ort. Bedürfnisorientierte Räume vor freien Entfaltung, Aneignung und Selbstverwirklichung in einem interkulturell reflektierten Rahmen, vor dem Hintergrund der geschlechtssensiblen und interkulturellen Bildungsförderung bildeten zentrale Bestandteile der Bildungsangebote in Gladbeck.

(Zeit)nah an den Bedarfen

Neben dem Angebot des Internationalen Mädchenzentrums existierten nur wenige Angebote anderer Einrichtungen, die explizit für Mädchen und Frauen konzipiert wurden. Diese Situation bildete im Projekt BILDUNG(S)GESTALTEN die Ausgangslage für die Planung geschlechtssensibler und interkultureller Bildungsangebote in der Bildungslandschaft. Die Praxis der Angebotsentwicklungsplanung vor Ort zeigte, dass gerade der kontinuierliche und umfangreiche Austausch und Kontakt zu den Kooperationspartner/-innen, den Honorarkräften und nicht zuletzt zur Zielgruppe die Qualität und den Erfolg der Angebote auszeichnete. Der sehr niedrigschwellige Zugang vor Ort und der intensive Aufbau von Vertrauensstrukturen zeichnete die Arbeit am Standort Gladbeck im Projekt BILDUNG(S)

GESTALTEN aus. Eine Vielzahl von Projekten ist auf dieser Grundlage entstanden, so wie beispielsweise das Fußballtraining für Mädchen und das Schwimmtraining für Frauen. Der Arbeit im Projekt BILDUNG(S)GESTALTEN wurde von der Zielgruppe mit großer Wertschätzung begegnet. Wertschätzung dafür, dass sie in ihren aktuellen Bedarfen und Bedürfnissen gesehen wurden und zeitnah ein gewünschtes Angebot umgesetzt werden konnte. Dies war insbesondere im Bereich Sport und Bewegung durch die flexible, partnerschaftliche und verlässliche Zusammenarbeit mit dem Stadtsportkoordinator der Stadt Gladbeck, dem Amt für Integration und Sport, dem Stadtsportverband und den Vereinen „FC Gladbeck“ und „Sport für betagte Bürger e. V.“ möglich. Die bedürfnisgerechten Sportangebote sprachen sich sehr schnell im Stadtgebiet herum und zogen so kontinuierlich neue Teilnehmerinnen an.

Auf Augenhöhe kommunale Prozesse vernetzt mitgestalten

Das Projekt BILDUNG(S)GESTALTEN hat am Standort Gladbeck enorm dazu beigetragen, das Profil offener Kinder- und Jugendarbeit und der Bildungsarbeit insgesamt zu schärfen und zu bereichern.

Die kommunale Vernetzungsstruktur, auf die das Projekt BILDUNG(S)GESTALTEN in Gladbeck (Brauck) anfänglich Bezug nehmen konnte, war sehr gut ausgebaut. Es gibt zahlreiche Netzwerke vor Ort, in denen auch die Offene Kinder- und Jugendarbeit beratend eingebunden ist. Dies waren sehr günstige Bedingungen, um den besonderen Standortfokus der geschlechtssensiblen und interkulturellen pädagogischen Arbeit noch umfangreicher in die bestehenden Netzwerke, Gremien und die kommunale Bildungslandschaft insgesamt einzubringen.

In den unterschiedlichen AGs, Werkstätten, Konferenzen, Plenen, Fachveranstaltungen, Ausschüssen, Arbeitskreisen etc., in denen das Projekt BILDUNG(S)GESTALTEN mitwirkte, entstanden in der Zusammenarbeit neue Kontakte, die die geschlechtshomogene Bildungsarbeit mit daraus entstandenen Kooperationsangeboten sehr angereichert haben. Die Kooperationen im Bereich Sport mit Vereinen zur Schaffung neuer bedürfnisgerechter Bewegungsangebote für Mädchen und Frauen und als Beitrag zur interkulturellen Öffnung seien hier exemplarisch als sehr erfolgreiche Kooperationen genannt.

In Kooperationsgesprächen wurde deutlich, dass ein Ort des Austausches zu den Themen geschlechtssensible und interkulturelle (pädagogische) Arbeit von den Akteuren in dem Arbeitsfeld sehr gewünscht wurde, insbesondere, um Anregungen für die Umsetzung in der eigenen Arbeit zu erhalten. Diesem Bedarf wurde vom Projekt BILDUNG(S)GESTALTEN mit einer Fachveranstaltungsreihe mit Fachreferentinnen im Internationalen Mädchenzentrum entsprochen. Nach inzwischen fünf Fachveranstaltungen hat sich die Reihe im Stadtgebiet etabliert. Eine Fortführung der Veranstaltungsreihe findet inzwischen unter dem Titel „Geschlechtssensible und interkulturelle Bildung in Gladbeck“ in Kooperation des Internationalen Mädchenzentrums mit dem Büro für interkulturelle Arbeit der Stadt Gladbeck statt.

Insgesamt ist hervorzuheben, dass das Projekt „Bildungsgestalten“ im Bereich Umweltbildung und Klimaschutz, im Rahmen des Projektes „Kein Kind zurücklassen“, bei der Fortschreibung des kommunalen Kinder- und Jugendförderplans, bei den regionalen Bildungskonferenzen, der Planung eines Partizipationsnetzwerkes für Gladbeck und vielem mehr neue Akzente in der außerschulischen Bildungsarbeit setzen konnte.

BILDUNG(S)GESTALTEN wirkt nach

Eine Entwicklung, die zu Beginn des Projektes BILDUNG(S)GESTALTEN in Gladbeck niemand geahnt hätte, ist die Erfolgsgeschichte der Sportangebote vor Ort. Das Fußballtraining für Mädchen zählt zu den ganz besonderen Höhepunkten des Projektes. Hier ein kleiner Rückblick.

Im März 2012 fand im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojektes BILDUNG(S)GESTALTEN durch den Forschungsverbund des DJI und der TU Dortmund in den achten Klassen der Erich-Fried-Hauptschule und der Erich Kästner Realschule eine Befragung der Mädchen zu ihrem Freizeitverhalten statt. In der Befragung sollte zur besseren Planung einer außerschulischen „Mädchenzeit“ an den Schulen die Interessenlage der Mädchen abgefragt werden. Ein überraschendes Ergebnis der Befragung war, dass die Mädchen sich für das Fußballspielen interessierten. In

der Befragung im Internationalen Mädchenzentrum zeigte sich ebenfalls ein Interesse der Mädchen für das Fußballspielen. Die Idee eines Fußballtrainings für Mädchen war geboren. In Gesprächen mit dem Stadtsportkoordinator des Amtes für Integration und Sport der Stadt Gladbeck fand das Internationale Mädchenzentrum einen ersten Kooperationspartner im Bereich Sport. In weiterer Kooperation mit dem FC Gladbeck konnte im September 2012 das Fußballtraining für Mädchen ins Leben gerufen werden. Angeleitet wird das Training von einer Fußballtrainerin, die die Bedürfnisse der Mädchen auch im interkulturellen Kontext besonders berücksichtigt. Bei Reflexionstreffen wird das Training mit den Beteiligten reflektiert und stetig optimiert.

Das „Braucker Frühlingsmärchen“ wurde komplett, als die Mädchen des Fußballtrainings im Mai 2014 ihr allererstes Mädchenfußballturnier überhaupt spielten. Dass dieses NRW-weite Mädchenfußballturnier



in Köln-Lövenich für sie wegweisend sein würde, hätten sie vor dem Turnier kaum erwartet.

Spielberechtigt waren Mädchen-Freizeitteams aus Kinder- und Jugendeinrichtungen, Jugendinitiativen, Jugendprojekten, Schulen, Einrichtungen des Offenen Ganztages und Partner der „Ich kann was“ Initiative aus ganz NRW. Die Mädchen aus Gladbeck im Alter von elf bis vierzehn Jahren haben als Team „Gladbeck Girls“ an dem Turnier teilgenommen. Es muss für sie wie ein Traum gewesen sein, dass sie alle U 14-Turnierspiele haushoch gewonnen haben und am Ende mit dem ersten Platz, einem Pokal und einer Urkunde aus dem Turnier gingen. Das Besondere an dem NRW-weiten Turnier war, dass die Mannschaften neben den Spielpunkten auch Fairnesspunkte erhalten haben für die Wahrnehmung und den Einsatz von fairem Verhalten. Als besonderen Preis erhielten die Mädchen Karten für das DFB-Pokalendspiel der Damen am da-

rauf folgenden Samstag im Kölner Rheinenergiestadion, zu dem sie gemeinsam mit ihrer Trainerin fuhren. Als besonderes Dankeschön haben die Mädchen durch das Projekt BILDUNG(S)GESTALTEN und die Kooperation mit dem Fußballverein SGS Essen die Gelegenheit bekommen, bei der Deutschen B-Juniorinnenmeisterschaft im Stadion Essen am 30. Mai 2014 beim Halbfinalspiel als Ballmädchen auf dem Platz teilnehmen zu können. Die Teilnahme und der Kontakt zu den Profi-Mädchen, auch des FC Bayern München, hat die Mädchen des Internationalen Mädchenzentrums auch noch mal darin bestärkt, den Weg im Frauenfußball weiter gehen zu wollen.

Im November 2014 wurden die Mädchen mit ihrer Trainerin eingeladen, den Volksbank Jugendsportpreis 2014 in Gladbeck entgegenzunehmen, in dem das Projekt BILDUNG(S)GESTALTEN als vorbildlicher Partner des Kinder- und Jugendsportes ausgezeichnet wurde.



„Irgendwann dachte ich, dass ich umkippe vor Freude!“

Das Praxisprojekt „Die Spielstadt“ der BILDUNG(S)-GESTALTEN am Standort Gelsenkirchen-Bismarck in Kooperation mit der Antonius Förderschule und dem Fritz-Steinhoff-Haus vom 10.6.2013 – 14.6.2013

Anstoß und Intention

Das Planspiel »Kinderspielstadt« ist seit zehn Jahren fester Bestandteil des Angebots-tableaus der außerschulischen Bildungsarbeit der SJD – Die Falken in Gelsenkirchen und des Bauverein Falkenjugend Gelsenkirchen e.V.

Im Jahr 2013 initiierte das Projekt „BILDUNG(S)GESTALTEN“ erstmalig eine Spielstadt in Kooperation mit einer Schule und dem Jugendzentrum Fritz-Steinhoff-Haus des Bauverein Falkenjugend Gelsenkirchen e.V. Partnerin wurde die Antoniussschule, eine Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen und emotionale und soziale Entwicklung, da sowohl das Team dort ein hohes Interesse an der Expertise und den Kompetenzen der OKJA hat, als auch über eine gute räumliche Ausstattung verfügt.

Die Arbeit des Projektes „BILDUNG(S)GESTALTEN“ am Standort Gelsenkirchen-Bismarck umfasste insgesamt knapp fünfzig Mikroprojekte. Innerhalb der Arbeit am Standort war die Spielstadt eines der größeren Projekte im Bereich der Kooperation zwischen Offener Kinder- und Jugendarbeit und Schule.

Ziele

Die Spielstadt dient dem Ziel, Bildungspro-

zesse zu initiieren und Kinder und Jugendliche in ihrer Fähigkeit zur Selbstbildung zu unterstützen. In ihr können sie spielerisch und in differenzierter Weise ein Gemeinwesen kennenlernen und intensiv mitgestalten:

- Sie lernen Berufe kennen und eignen sich in den unterschiedlichen Gewerken neue Fähigkeiten und Fertigkeiten an.
- Sie können individuelle Talente entfalten und lernen in dem Spiel komplexe Prozesse im Gemeinwesen kennen, die sie aktiv mitgestalten (z. B. im Stadtrat).
- Ebenso werden wirtschaftliche Zusammenhänge erfahrbar. Kinder erleben hier den Zusammenhang von Arbeit und Entlohnung, Angebot und Nachfrage sowie Vermarktung und Verkauf.
- Sie erproben Verantwortungsübernahme und sind als Bewohner/-innen der Spielstadt in vielfältige Kommunikations- und Aushandlungsprozesse eingebunden.

Praxis

Vorbereitung

Nachdem das Team der „BILDUNG(S)GESTALTEN“ das Spielstadtkonzept Ende 2012 in einer Lehrer/-innenkonferenz vorgestellt hatte und dessen Umsetzung beschlossen worden war, bereitete ein Planungsgre-



mium, bestehend aus drei Lehrer/-innen, einer Ganztagsmitarbeiterin und den Projektkoordinator/-innen der „BILDUNG(S) GESTALTEN“ in neun gemeinsamen Planungstreffen die Spielstadt inhaltlich, methodisch-didaktisch und organisatorisch vor.

Neben den Lehrkräften der Schule waren auch die Teamer/-innen des Ganztages an der Spielstadt beteiligt. Auf der Lehrer/-innenkonferenz am 24. Mai 2013, drei Wochen vor dem eigentlichen Beginn, wurden alle Beteiligten vom Planungsgremium in die inhaltliche Gestaltung und den Ablauf der Spielstadt eingewiesen.

Am 7. Juni traf sich das gesamte Spielstadtteam, um die Antoniussschule in eine Spielstadt zu verwandeln: U. a. wurden die

Klassenräume zu den 24 verschiedenen Werkstätten und das Foyer der Schule zum Verkaufsort des Kiosks umgebaut und in Szene gesetzt.

Durchführung

Die Spielstadt öffnete am 10. Juni 2013 ihre Türen. „Antony-City“ bestand aus mehreren Gewerken und einer Verwaltungsebene. Damit wurde den Kindern und Jugendlichen ein Raum geschaffen, um spielerisch ein Stadtleben kennenzulernen und darin zu agieren. Sie suchten sich ein Gewerk aus und bestimmten gemeinschaftlich, was durch das Gewerk in die Spielstadt eingebracht werden sollte. Sie verkauften und vermarkteten ihre Produkte und Dienstleistungen und verdien-

ten ihren Lohn. Im Rathaus und im Jobcenter der jeweiligen Stadt erhielten die Teilnehmenden ihren Personalausweis und den Arbeitsplatz in ihrem gewünschten Beruf. Im Stadtrat konnten die Teilnehmenden mitbestimmen und mitgestalten. Sie wählten ihre Vertreter/-innen und versuchten, Rechte und Pflichten in ihrer Spielstadt zu beschließen und umzusetzen – genauso wie im richtigen Leben.

Die Gewerke-Leitungen verstanden sich in ihrer Rolle als Impulsgeber/-innen, Helfer/-innen und Moderator/-innen und unterstützten den Ablauf koordinierend.

Jeden Tag begann die Spielstadt fließend. Die Schüler/-innen hatten die Möglichkeit, sich zwischen 8.15 Uhr und 9.00 Uhr anzumelden. Dafür gingen sie zunächst jeden Morgen ins Einwohnermeldeamt im Rathaus. Dort wurde nicht nur die Anwesenheit überprüft, sondern auch der Personalausweis ausgehändigt. Bei Verlust des Ausweises konnte gegen eine Gebühr in der Währung der Spielstadt ein neuer Ausweis beantragt werden.

Danach gingen die Schüler/-innen ins Jobcenter, um sich für die erste Jobphase ein Gewerk auszusuchen. Zwischen folgenden Gewerken konnten die Teilnehmenden wählen:

Einwohnermeldeamt/ Rathaus, Jobcenter, Bank, Kiosk, Post, Hausmeisterdienste, Betriebssport, Kindergarten, Krankenstation, Wäscherei, Küche, Gärtnerei, Metallwerkstatt, Schreinerei, Maler und Lackierer, Künstlerwerkstatt, Schmuckwerkstatt, Schneiderei, Frisör, Zirkus, Tanz, Breakdance-Studio, Theater, Zeitung.

In jedem Gewerk waren zwei bis zehn Jobs verfügbar. Die Schüler/-innen erhielten vom Jobcenter eine Jobkarte, die sie in ihr Gewerk mitnahmen. Sie wurde nach Beendigung der Jobphase von ihrer Gewerke-Leitung ausgefüllt und unterschrieben. Somit dienten die Jobkarten als Stundennachweis und gaben der Bank die Informationen, wie lange jemand gearbeitet hatte und wie viel verdient wurde. Die Spielstadt hatte neben eigenen, vom Stadtrat beschlossenen Regeln und einer eigenen Verwaltung auch ein eige-



nes Zahlungsmittel: die Antonys. Auch sie wurden in eigener Produktion in der Spielstadt-Bank gefertigt.

Die Bank fungierte als zentrale Geldausgabestelle und als Finanzamt. Die vom Stadtrat festgesetzten Steuern wurden hier eingezogen. Es gab Kontoauszüge und der Geldverkehr unter den Gewerken wurde mit Überweisungen getätigt. Wollte die Gärtnerei beispielsweise ein Schild aus der Malerei, wurde ein Angebot der Malerei erstellt und per Post an die Gärtnerei verschickt. Nach der Übergabe und der Fertigstellung des Auftrages musste die Gärtnerei den ausstehenden Betrag an die Malerei überweisen.

Nachdem alle Schüler/-innen ihr Gehalt bei der Bank abgeholt hatten, konnten sie ihren Lohn im Pausenbereich natürlich auch wieder ausgeben. Am Kiosk wurden alle Produkte der Spielstadt verkauft: Speisen, Getränke, Kunstwerke, Schmuck, Blumen und Gestecke, Spielzeug und Gegenstände aus Holz und Metall. Außerdem konnte man den Betriebsport besuchen, sich beim Frisör die Haare oder Nägel machen lassen

oder sich die neuesten Artikel oder Fotos der spielstadt-eigenen Zeitung („Der Antoni“) anschauen.

Nach der ersten Pause hatten die Schüler/-innen die Gelegenheit, in der zweiten Jobphase von elf bis 12.30 Uhr ein anderes Gewerk kennenzulernen. Es war das Ziel der Spielstadt, möglichst viele Berufe kennenzulernen, daher sollten nur die darstellenden Berufe wie z. B. Tanz oder Breakdance ihre Teilnehmenden über zwei Jobphasen anlernen und beschäftigen.

Das Rathaus hatte neben der Verwaltung der Spielstadt auch die Aufgabe, den Stadtrat und den hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt zu unterstützen. Am ersten Tag der Spielstadt meldeten sich interessierte Schüler/-innen im Rathaus, um den Stadtrat zu stellen. Sie veranstalteten einen eigenen Wahlkampf mit Plakaten und Veranstaltungen innerhalb der Stadt. Insgesamt beteiligten sich 25 Schüler/-innen am Wahlkampf. Alle Bürger/-innen hatten die Möglichkeit, ihre Favorit/-innen zu wählen. Die fünf Personen mit den meisten Stimmen stellten den



SCHÜLERBEFRAGUNG

Ich fand toll, dass ...

- > ich Geld von der Bank sammeln durfte.
- > ich arbeiten musste.
- > ich Schmuck machen durfte.
- > ich den Leuten einen Job gegeben habe.
- > wir um 14.00 Uhr Schluss hatten.
- > ich da arbeiten konnte.
- > es Betriebssport gab.
- > wir weniger Schule hatten.
- > es kein Stress war.
- > ich viel gelernt habe.
- > wir viele Jobs zur Auswahl hatten.

Mein schönstes Erlebnis war ...

- > Maler/Lackierer.
- > Frisör.
- > in der Werkstatt.
- > dass ich mit Farbe arbeiten konnte.
- > Tanzen.
- > Politiker.
- > dass ich oft gelobt wurde.
- > die Spielstadt.

Irgendwann dachte ich ...

- > das war schwer.
- > das muss zu Ende gehen.
- > das hilft mir.
- > ich werde reich.
- > dass ich umkippe vor Freude.
- > das soll nie aufhören.
- > was für eine schöne Woche.
- > dass ich echter Arzt bin.
- > warum machen wir das nicht 2 Wochen
- > es war besser als die Schule.
- > ich hab kein Bock mehr.

Diese Woche war für mich ...

- > sehr schön.
- > spannend.

Ich fand es nicht so schön, dass ...

- > es nur eine Woche war.
- > alles manchmal so laut war.
- > mir Geld geklaut wurde.
- > es nicht so schnell voran ging.

Mein schlechtestes Erlebnis war ...

- > dass ich gekündigt wurde.
- > als ich Arbeit hatte.
- > die lange Schlange an der Bank.

Ich war erfreut als ...

- > ich reich war.
- > ich Feierabend hatte.
- > ich immer eine Arbeitsstelle gefunden habe.
- > wir mal wieder eine schöne Woche hatten.
- > ich in der Krankenstation war.
- > ich Politiker geworden bin.

Ich war enttäuscht als ...

- > wir wieder Unterricht hatten.
- > ich gekündigt worden bin.
- > ich kein Geld hatte.
- > keine Jobs mehr da waren.
- > ich viel Geld hatte.
- > ich bestohlen wurde.

Einmal gab es Streit, weil ...

- > ich nicht zugehört habe.
- > Geld geklaut wurde.

Schule einmal ganz anders ...

- > weil man mal auftreten konnte.
- > weil wir nix gelernt haben.

Ich habe viel gelernt, weil ...

- > ich nix gelernt habe.
- > ich zugehört habe.
- > ich mitgemacht habe.
- > wie man mit Geld umgeht.
- > wie man eine Sache anfängt.
- > ich nicht wusste, zu was Arbeiten ist.

Stadtrat, wobei der Schüler / die Schülerin mit der höchsten Stimmenanzahl die Funktion der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters innehatte.

Nach der zweiten Jobphase konnten sich alle Bürger/-innen erneut ihren Lohn bei der Bank auszahlen lassen. Der Stundenlohn betrug sechs Antonys, abzüglich zwei Antonys für die Steuern. Die Steuereinnahmen stellten den städtischen Haushalt dar, welcher in der Amtszeit von Bürgermeister B. und seinem Stadtrat vornehmlich für Stadtfeste und Verschönerungsaktionen verausgabt wurde.

Die letzte Stunde des Spielstadttages, von 13 bis 14 Uhr, diente unter anderem als Veranstaltungszeitraum. Hier konnten die darstellenden Gewerke ihre künstlerischen Fähigkeiten unter Beweis stellen: der Zirkus präsentierte eine Zirkusaufführung, die Tänzer/-innen konnten ihre Choreographien vorstellen und die Theatergruppe ein Theaterstück aufführen. Der Eintritt für kulturelle Veranstaltungen wurde als Einnahme für die kulturschaffenden Gewerke genutzt, um ihre Kosten zu decken und um ggf. Anschaffungen für die Gewerke zu tätigen. Mit den Einnahmen konnten sie beispielsweise Kostüme bei der Schneiderei bestellen oder Frisörtermine für die Tänzer/-innen vereinbaren.

Der Tagesablauf der Spielstadt blieb für alle Tage in der Projektwoche gleich. So konnte die Struktur innerhalb der Spielstadt für die Schüler/-innen transparent gemacht werden. Am letzten Tag der Projektwoche wurde ein großes Stadtfest organisiert, um einen feierlichen Abschluss für die Spielstadt zu kreieren.

Ein Monat später, am 15. Juli 2013, traf sich das Planungsgremium zu einem gemeinsamen Nachbereitungstermin. Die Schülerinnen und Schüler sowie das Lehrerkollegium hatten bereits intern die Spiel-

stadt ausgewertet. Alle Ergebnisse wurden dem Projekt „BILDUNG(S)GESTALTEN“ zur Verfügung gestellt.

Fazit

Die Erreichung der gesetzten Ziele ließ sich an verschiedenen Stellen in der Spielstadt und anhand der Auswertung der Schüler/-innenaussagen ablesen:

- Die Initiierung von Beteiligungsprozessen wurde in der aktiven und vielfältigen (Aus-)Gestaltung des Gemeinwesens durch die Schüler/-innen sichtbar.
- Alle Schüler/-innen hatten unterschiedliches Berufshandeln erprobt und sich auf unterschiedlichen Sektoren ausprobiert.
- Die Schüler/-innen erfuhren große Wertschätzung.
- Die hohe Identifikation mit ihren Rollen bewirkte eine intensive Verantwortungsübernahme, für die eigenen Belange ebenso wie für die der gesamten Spielstadt.
- Eines der wichtigsten Lernfelder war der Umgang mit Geld. Das selbstverdiente Geld in der Spielstadt konnte von den Schüler/-innen komplett selbstbestimmt ausgegeben werden, um eigene Konsumwünsche zu befriedigen. Das Geld wurde zudem dazu genutzt, anderen eine Freude zu machen. An dieser Stelle konnten wirtschaftliche Zusammenhänge erkannt und reflektiert werden.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass das offene Konzept durch verschiedene Optionen und vielfältige Aneignungsgelegenheiten ein hohes Maß an Selbstbestimmtheit und Selbstbildung gewährleistete.

Aufgrund der erfolgreichen Durchführung wurde das Projekt 2014 weiterentwickelt, ausgebaut und erneut durchgeführt.

Freiraum bildet

„Freiraum bildet“ – das war nicht nur der rote Faden des Landesprojektes der AGOT-NRW BILDUNG(S)GESTALTEN, das war und ist auch das klare Selbstverständnis der Jugendfarm Bonn, die an diesem Projekt beteiligt war.

Die Jugendfarm Bonn engagiert sich seit dreißig Jahren für die selbstbestimmte Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Die Konzepte orientieren sich an den Bedürfnissen der Heranwachsenden nach Bewegung, Erleben und Beteiligung, mit dem Ziel, kindgerechte Lebensräume zu schaffen. Auf der Farm können die Kinder toben, die Natur erleben, sich kreativ ausdrücken und die eigene Selbstwirksamkeit erfahren.



Dieses Pädagogikprinzip ist allerdings längst nicht mehr an den ursprünglichen Ort der Farm in Bonn-Pützchen gebunden, sondern hat Einzug gehalten in verschiedenen lokalen Gegebenheiten: mitten in der Stadt, am Stadtrand und in Schulen.

An über zwanzig Standorten im Raum Bonn/Rhein-Sieg verknüpfen Pädagog/-innen die Kernidee der Jugendfarm – die Schaffung von kindgerechten Lebensräumen – mit den Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe und beteiligen sich damit aktiv am Aufbau der kommunalen Bildungslandschaft in Bonn und Umgebung.

Die Jugendfarm Bonn nimmt auf diese Art ihren Einmischungsauftrag ernst und bringt sich bei der Gestaltung von Orten in und außerhalb von Schule im Sinne der Kinder und Jugendlichen ein. Bei der Aushandlung der Rahmenbedingungen geht es immer um die Frage nach den Möglichkeiten der Verfolgung eigener Interessen und der freien Entfaltung eigener Ideen und deren Umsetzung, also um die Möglichkeiten der aktiven Auseinandersetzung und Aneignung von (Um-)Welt. Um einem solchen Bildungsverständnis zu entsprechen, müssen in einer Bildungslandschaft Freiräume geschaffen werden.

Freiräume sind Orte, die sich Kinder und Jugendliche aneignen, die von ihnen gestaltet werden und die als Aufenthaltsorte, als Orte der Begegnung und der Bewegung von ihnen genutzt werden. Schaut man sich um, wo diese Orte zu finden sind, entdeckt man sie an den ungewöhnlichsten Stellen: an der Bushaltestelle steht eine Gruppe von Ju-



gendlichen, ohne jemals in einen Bus einzu- steigen, oder eine Kinderschar befindet sich im abgelegensten Gebüsch ihres Schulhofes.

Aus „Erwachsenensicht“ sind diese Orte oft negativ behaftet, denn sie entziehen sich der für sie bestimmten Funktionalität. Die Bushaltestelle ist ein Ort mit begrenztem Aufenthaltscharakter, eben so lange, bis der Einstieg in den Bus erfolgt. Das Gebüsch dient zur Lärmdämmung für die angrenzen- de Nachbarschaft und diese Funktion geht verloren, wenn sich genau dort die Kinder aufhalten und spielen. Diese Orte stellen jedoch wichtige Lernorte in einer Bildungs- landschaft dar. Es sind Orte des informellen Lernens. Kinder und Jugendliche entwickeln dort ihre eigenen Regeln, sie lernen zu ver- handeln, Konflikte auszutragen und sich auf andere einzustellen. An diesen Orten haben

sie die Möglichkeit, ihre Stärken auszubauen und ihre Schwächen kennenzulernen.

Auch institutionell gebundene Orte oder Gelegenheiten, verstanden als strukturell verankerte Zeitfenster, können Freiräume sein. Im Vordergrund steht immer, dass die Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben, ihre Aktivitäten und deren Ausge- staltung frei zu wählen.

Freiraum Offene Arbeit

In der Offene Kinder- und Jugendarbeit geht es originär um die Schaffung von Frei- und Gestaltungsräumen. Hier haben die Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit, sich Frei- räume anzueignen und diese zu gestalten, die Offene Arbeit ist damit der ideale Ort zum Sammeln von Selbstwirksamkeitser-



fahrungen. Ihr partizipatorischer Ansatz bietet die Möglichkeit der Mitsprache und Mitentscheidung wie in quasi keiner anderen Bildungsinstitution. Ausgangspunkt für die Offene Kinder- und Jugendarbeit sind die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen.

In einer idealen Bildungslandschaft würden wir in jedem Stadtteil ein Spielhaus, einen Aktivspielplatz, eine Jugendfarm oder eine andere Offene Tür finden, optimal in unmittelbarer Nähe zu Schulen, im besten Fall für die Schüler fußläufig zu erreichen. In einem rhythmisierten Ganztagschulkonzept, in dem sich die Phasen der Entspannung und Anspannung abwechseln, ginge es dann um die Aufweichung der Grenze zwischen Lernen in der Schule und Lernen in der Freizeit, und damit um die Einbindung von außerschulischen Freiräumen und informellen Lernorten in den Schulalltag.

In der realen Bildungslandschaft sieht es sehr unterschiedlich aus: Während die Grundschüler/-innen der Marktschule in Bonn-Pützchen die 650 Meter bis zur Farm laufen und diese von Dienstag bis Freitag regelmäßig aufsuchen können, ist für die Schüler/-innen der Katholischen und Evangelischen Grundschule in Sankt-Augustin-Hangelar der Weg von 3,6 Kilometern unüberwindbar, zumal es keine günstige

Verbindung über öffentliche Verkehrsmittel gibt. Aktuell haben interessierte Kinder zumindest an einem Tag in der Woche die Möglichkeit, über den Fahrdienst der Jugendfarm nach den Hausaufgaben von der Schule zur Farm zu kommen, die Abholung muss allerdings über die Eltern erfolgen.

Von der Ganztagschule zur Ganztagsbildung

Denken wir diese Vernetzung weiter, gelangen wir letztendlich zu einem Verständnis, welches weit über das von Ganztagschule hinausgeht und sich eher unter dem Begriff der Ganztagsbildung zusammenfassen lässt. Ganztagsbildung umfasst nicht mehr allein schulische Belange, also das formelle Lernen, es geht stattdessen um die Verbindung von formellen und nicht formellen Lernsettings und die Ausweitung von Bildungsinhalten auf lebensweltliche Kontexte. Ganztagsbildung kann damit als ein konzeptioneller Blick auf Bildungslandschaften verstanden werden, der sinnvolle Kooperation von Schule mit außerschulischen Partner/-innen befördert, Brücken von der Schule zu anderen Lernorten im Sozialraum baut, aber auch Schule als Teil des Sozialraums und somit des Lebensraums neu gestaltet. Dazu gehören sowohl das Schulleben als auch der Unterricht sowie die Freizeit. Kinder und Jugendliche sind bei der Gestaltung und Entwicklung all dieser Elemente in ernsthafter Weise zu beteiligen.

Die Kinder im Offenen Ganztag der Engelsbachschule in Bonn-Ippendorf verbringen ihre Ferien regelmäßig auf dem Aktivspielplatz Brüser Dorf. Aber diese Möglichkeit der Erlebnisse mit allen Sinnen ist seit drei Jahren nicht länger auf die Ferienzeiten beschränkt. Die Schule trennt inzwischen nur noch die Fensterfront der Aula von ihrem eigenen „NaturErlebnisRaum“. Bei der

Gestaltung dieses „NaturErlebnisRaumes“ stand nicht die Erarbeitung eines Spielplatzkonzeptes im Vordergrund, sondern es ging vorrangig um die Gestaltung selbst als kontinuierlichem Prozess. Eltern und Lehrer mussten in diesem Prozess lernen, ihre eigenen Vorstellungen der Gestaltung der Wiesenfläche erst einmal zurückzustellen. Unterstützt durch einen Landschaftsgärtner und Naturerlebnispädagogen erfolgt die Gestaltung durch die Kinder. Es wird gespielt, mit den verschiedensten Materialien immer wieder neu gebaut und darüber hinaus Obst angebaut, geerntet und verarbeitet.

Treffpunkt Schule

Der Stadtteil ist ein wichtiger Erfahrungs- und Entwicklungsraum für Kinder und Jugendliche. Als Ort der Aneignung trägt dieser zur Abgrenzung und Identitätsbildung bei. Leider sind Treffpunkte für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum rar und werden durch die Medien einseitig problematisiert.

Treffpunkte sind Orte des informellen Lernens. Kinder und Jugendliche entwickeln dort ihre eigenen Regeln. Sie lernen zu verhandeln, Konflikte auszutragen und sich auf andere einzustellen. Diese Orte sind wichtige Lernorte in einer Bildungslandschaft. Neben „informellen Treffpunkten“ gibt es auch Plätze im Stadtteil, die durch pädagogische Angebote, die meist zeitlich begrenzt sind, wichtige Aufenthalts- und Spielorte darstellen.

In Bonn-Beuel befinden sich drei Schulen – eine Grundschule, eine Realschule und eine Förderschule -, drei Kindertagesstätten und ein Jugendzentrum in unmittelbarer Nähe zueinander und bilden eine Art Campus. Im Rahmen eines Inklusions-Projektes entstand die Idee, einen Ort des gemeinsamen Gestaltens und Schaffens zu initiieren

und damit die Vielfalt vor Ort zu nutzen und zu unterstützen. Nach einer längeren Suche nach einer geeigneten Brachfläche, die letztendlich hinter der Turnhalle der Realschule gefunden wurde, stand der Vision eines gemeinsamen Gartens nichts mehr im Wege. Entstehen soll ein „Garten der Begegnung“, der Raum für die individuellen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen bietet: ein Ort zum Spielen, Bauen, Gärtnern, Toben, Entspannen; ein Ort, um kreativ und willkommen zu sein. Neben Hochbeeten für Blumen und Kräuter soll es eine „Chill-Ecke“ mit Hängematten und anderen Sitzmöbeln sowie Riesenkissen zum „Abhängen“, eine feste Feuerstelle, eine freie Fläche zum Hämmern, Sägen und Bauen und auch einen Matschplatz für die Kindergartenkinder geben. Das Arbeitsmotto lautet: „Der Weg ist das Ziel“, d. h. der Garten wird langsam und in kleinen Schritten gemeinsam mit allen Kindern geplant, gestaltet und aufgebaut.

Treffpunkt Stadtteil

Der „NaturErlebnisRaum“ in Bonn-Ippendorf und der „Garten der Begegnung“ in Bonn-Beuel sind ganz klar im Ganztage angesiedelt. Die Idee, diese Orte über den schulischen Ganztage hinaus als Treffpunkte im Stadtteil zu öffnen, stößt aktuell noch auf Abwehr. Befürchtet werden Vandalismus und Ruhestörung. Die Weitergestaltung in diesem Sinne kann nur im Rahmen eines umfassenden Beteiligungsprozesses im Stadtteil gelingen. Aneignung von Freiraum heißt für die Kinder und Jugendlichen schließlich auch, Verantwortung im eigenen Stadtteil zu übernehmen und Regeln und Grenzen auszuhandeln und anzuerkennen.



Systemischer Familienansatz und das Partizipationskonzept in Wattenscheid-Mitte

Die Entwicklung einer sozialräumlichen Bildungslandschaft in Bochum-Wattenscheid-Mitte mit seinen ca. 21.000 Einwohner/-innen wurde vom Progressiven Eltern- und Erzieherverband (PEV) organisiert und ausgestaltet. „BILDUNG IST MEHR ALS SCHULE“ war an diesem Standort des AGOT-NRW-Projektes BILDUNG(S)GESTALTEN nicht nur der Ausdruck eines viel breiter angelegten Bildungsverständnisses für menschliche Entwicklungsprozesse und das Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen, wie es gerade auch von der Offenen und verbandlichen Jugendarbeit vertreten wird. „BILDUNG IST MEHR ALS SCHULE“ war auch eine Herausforderung und eine Notwendigkeit in einem Sozialraum, in dem das schulische Bildungsangebot allein vielfach nicht in der Lage ist, den Schüler/-innen ein hinreichendes Ensemble

aus Grundbildung, persönlicher Stabilität, an Lernstrategien und nicht zuletzt an Schulabschlüssen zur Gestaltung eigener autonomer Lebensbiografien angedeihen zu lassen.

Der symptomatische Hilferuf eines Förderschulleiters nach der Stärkung außerschulischer Förder- und Bildungsanstrengungen – insbesondere frühzeitig und mit den ganzen Familien – fiel beim PEV als Träger der Jugendhilfe und Familienbildung auf fruchtbaren Boden. Hier schienen die Herangehensweise der Familienbildung, deren Gemeinwesen-Erfahrungen und der Partizipationsansatz zur Situation im Sozialraum und zum Veränderungswillen einiger wichtiger Akteure gut zu passen. Das Projekt von BILDUNG(S)GESTALTEN und das Engagement der Anneliese-Brost-Stiftung schafften dann den notwendigen



Familienseminare mit Kitas und Schulen



Kunst für Kinder

Rahmen und ermöglichten eine systematische und professionelle Arbeit.

Statistische Datenanalysen und Milieustudien über die Bevölkerungsstruktur, eine Erhebung der Bildungs- und Erziehungsinstitutionen, Vereine und sozialen Akteure vor Ort sowie deren Zusammenarbeit bildeten den Einstieg in ein bestehendes Netzwerk mit Treffen, Arbeitskreisen und regelmäßigen gemeinsamen Aktivitäten. Die PEV Standortkoordinatorin ANGELIKA LÜCKE und die Mitglieder der örtlichen Projektsteuerungsgruppe (KLAUS AMONEIT, CHRISTOPH GRAFFWEG, DIETER HEINRICH) wurden – mit Unterstützung der zuständigen städtischen Mitarbeiterin (PATRICIA LORENZ) – trotz anfänglicher Skepsis schnell integriert. Insbesondere die respektvolle Offenheit, die Beteiligungsorientierung, das offene Eingehen auf vorhandene Ideen, die Weiterführung in träger- und einrichtungsübergreifende Ansätze sowie die personelle Präsenz und die Fokussierung auf praktische Umsetzungen erzeugten die Bereitschaft zu

neuen Sichtweisen, frische Motivation und neue Kooperationsbereitschaft.

In einem personalintensiven Beziehungsprozess entstanden unter Beibehaltung von Auftrags-, Angebots- und Trägerprofilen der Akteur/-innen nicht nur neue personelle Strukturen, sondern auch ein deutlich erweitertes Eigen- und Gesamtbild über die ganzheitlichen Bedarfslagen der hier lebenden Menschen sowie über Chancen und Möglichkeiten der Förderwirksamkeit als Netzwerk.

Der Partizipation auf der Ebene der Fachkräfte und Träger musste parallel und gleichberechtigt die Beteiligung der Menschen als Nutzer und Akteure „ihrer“ Bildungslandschaft zugefügt werden. Im Rahmen einer vom PEV forcierten Partizipationsstrategie der Bevölkerung über eine frühe aktivierende Befragung und weitere nachfolgende Beteiligungsangebote entwickelte sich zunehmend ein gemeinsames Verständnis im Sozialraum, das - ergänzend zum landesweiten Projekttitle BILDUNG(S)GESTALTEN

– in Anlehnung an den Standort den Namen **HATWATT!** erhielt.

Aber Partizipation ist mehr als Fragen. Die Bewohner sollten ihre Rolle als Akteure und Konstrukteure von Räumen und (Lern-)Gelegenheiten in ihrem Sozialraum wahrnehmen können. Die Aktionsplanung von HATWATT erfolgte entsprechend auf der Grundlage der Befragungsergebnisse und der aktuellen Dialoge mit den Kooperationspartner/-innen immer im direkten Kontakt mit den Menschen. Kinder, Jugendliche und Erwachsene gestalteten und verantworteten die Aktivitäten. Die „Profis“ reduzierten sich oft auf Prozessbegleitung und wuchsen gleichzeitig im Team und im direkten Kontakt mit ihren Mitakteuren. Rollen verschwammen, Zie-

le wurden offener, ohne dabei Wirkung zu verlieren, Profis wurden Lernende, Klienten agierten als Experten in eigener Sache. Im Sinne der Nachhaltigkeit wurden dabei die Akteur/-innen stets zur Suche nach kreativen Wegen für eine zielgerichtete Zusammenführung vorhandener Ressourcen motiviert. Unsere Erfahrungen und Erfolge machen die Notwendigkeit deutlich, dass zur Entwicklung von Bildungslandschaften eine kontinuierliche und professionelle sozialraumbezogene Prozessbegleitung und eine gewisse finanzielle Grundabsicherung von profildbildenden Kernangeboten und freien Entwicklungsprojekten zur Verfügung stehen müssen.

BILDUNG(S)GESTALTEN / HATWATT! war in den drei Projektjahren mit ca. fünfzig An-



„unser“ Jugendcafé



Multikulturelle „Ladies“-Night

geboten an Kinder, Jugendliche und Eltern für Anbieter wie Adressaten authentisch erfahrbar und dabei teils federführend, teils als Initiator und manchmal auch als Partner unter vielen tätig.

Die Aktivitäten griffen kulturelle Traditionen auf und lehnten sich an Formen und Formate der Sozialraumakteur/-innen an – vielfach wurden diese aber auch kreativ über systemische Grenzen hinweg weiterentwickelt und von den Menschen selbst ausgeformt.

Die entstehenden Beziehungen und Perspektiverweiterungen motivierten zunehmend Kooperationspartner/-innen, Initiativgruppen sowie engagierte Bewohner/-innen zur Teilhabe an Planung und Durchführung weiterer Aktionen und Aktivitäten. Dabei wurden etliche Impulse umgesetzt, die im

Rahmen der aktivierenden Befragung (z. B. „Ladies“-Night) und anderen Partizipationsprojekten (z. B. Jugendcafé) direkt aus dem Kreis der hier lebenden Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen/Eltern geäußert worden waren.

Motivation, Spaß und Zweckfreiheit als Attribute dieser informellen Bildungsangebote förderten gerade bei den Kindern und Jugendlichen immer neue Ideen zutage. Somit erweiterte sich der Aktionsraum auf den gesamten Stadtteil und darüber hinaus. Diese praktizierte Selbstwirksamkeit setzte soziale Grenzen außer Kraft und integrierte unterschiedliche Fähigkeiten sowie kulturelle Prägungen. **Der Stadtteil ist zur Bildung erwacht – das HAT WATT!**

Bildungslandschaften von unten – ausgewählte Ergebnisse des Projekts BILDUNG(S)GESTALTEN aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung

Vorbemerkung

Wenn im Folgenden einige ausgewählte Ergebnisse des Projekts „BILDUNG(S)GESTALTEN – Offene Kinder- und Jugendarbeit und Familienbildung gestalten Bildungslandschaften“ aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung dargestellt werden, geschieht dies am Ende eines mehrjährigen Prozesses, in dem Mitarbeiter/-innen des Forschungsverbunds der TU Dortmund/Deutsches Jugendinstitut die Projektakteure begleitet und beraten haben. Im Verlauf dieser formativen Projektevaluation, die schon mit der Beteiligung an der Projektentwicklung (2009 – 2011) begann und in der dreijährigen Projektphase mit einer ganzen Personalstelle intensiviert wurde, wurden fünf zuvor identifizierte Untersuchungsgegenstände (Gesamtprojekt, fünf lokale Bildungslandschaften, beteiligte Einrichtungen, Sozialräume und Adressa-

ten) betrachtet. Die unterschiedlichen Fragestellungen, die sich zu den Kernthemen „Bildungsbegriff“, „Vernetzung“, „Angebote und Lernmöglichkeiten“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ verdichten ließen, wurden mit verschiedenen Methoden (qualitative Einzel- und Gruppeninterviews, Dokumentenanalyse, teilnehmende Beobachtung) bearbeitet. Dabei wurden empirische Daten zur Überprüfung der Erreichung der Projektziele gewonnen und Zwischenbefunde der Analysen bei Bedarf eingespeist, um so ggf. beratend auf den Projektverlauf Einfluss nehmen zu können. So wie das Gesamtprojekt, wurde auch die wissenschaftliche Begleitung aus Mitteln des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Fünf Sozialräume

Die Auswahl der fünf Projektstandorte – Bad Salzuflen, Bonn, Gelsenkirchen-Bismarck, Bochum-Wattenscheid und Gladbeck – beruhte zum einen auf bestehenden Kooperationsbeziehungen der AGOT-NRW e.V. und zum anderen auf dem Anspruch des Projekts, benachteiligte Kinder, Jugendliche und Familien besonders zu fördern. Da die im Projektkontext entwickelten Angebote gleichzeitig für alle Interessierte offen sein sollten, war die Auswahl der Standorte nach

Forschungsverbund



Deutsches Jugendinstitut
Technische Universität Dortmund

sozialökonomischen Kriterien die wichtigste Stellschraube, um die besondere Förderung von Benachteiligten zu gewährleisten. Auch in den, im Vergleich zu den Ruhrgebietsstandorten, besser situierten Kommunen Bonn und Bad Salzuflen wurden deshalb Stadtteile und Wohnquartiere ausgewählt, die eine besonders hohe Dichte an Familien mit Migrationshintergrund sowie von Arbeitslosigkeit betroffenen und auf öffentliche Unterstützung angewiesenen Personen aufweisen.

Trotz dieser gemeinsamen Problemlagen der ausgewählten Standorte wurde schon zu Projektbeginn deutlich, dass eine vergleichende Erfolgsmessung nicht möglich ist. Hierzu waren die Startbedingungen zu verschieden. Nicht nur die für Bildungslandschaften notwendigen örtlichen Kooperationsbeziehungen waren unterschiedlich ausgeprägt, auch die Zusammensetzung der lokalen Projektpartner sowie deren Zielsetzungen und Vorerfahrungen unterschieden sich erheblich. Aus diesem Grund wurde von Seiten der wissenschaftlichen Begleitung auf standortvergleichende Bewertungen verzichtet.

Projektstruktur und lokale Vernetzung

Zunächst einmal kann insgesamt festgestellt werden, dass die Projektstruktur geeignet war, das Projekt BILDUNG(S)GESTALTEN zu steuern und zum Erfolg zu führen. Ein großer Teil der selbst gesteckten Ziele ist erreicht worden; andere haben sich als unrealistisch erwiesen und konnten begründet revidiert werden. Zu diesem Erfolg hat die gewählte Projektstruktur nicht unerheblich beigetragen.

So hat sich die Entscheidung, *unterschiedliche Träger* in unterschiedlichen Regionen des Landes in das Projekt einzubeziehen,

als sinnvoll erwiesen. Die verschiedenen Vorgehensweisen bei der Entwicklung bzw. Veränderung von Bildungslandschaften aus der Sicht der Kinder- und Jugendarbeit und der Familienbildung haben zu einem Gesamtergebnis geführt, welches bei einem eher homogenen Vorgehen nicht zu erwarten gewesen wäre. Auch wenn der Einbezug des Bereichs „Familienbildung“ am Standort Bochum-Wattenscheid von einigen Akteuren kritisch gesehen wurde, überwiegen die positiven Effekte dieser Entscheidung.

Neben den beteiligten Organisationen und Einrichtungen war der landesweit agierende *zentrale Projektkoordinator* das wichtigste Strukturelement im Gesamtprojekt. Dieser war insbesondere deshalb von großer Bedeutung, weil er den Kommunikationsfluss zwischen den verschiedenen Strukturebenen des Projekts und den fünf Standorten sichergestellt hat und außerdem die Standorte beratend unterstützen konnte. Den zentralen Projektkoordinator in Vollzeit anzustellen, war ein für das Projekt sinnvoller und richtiger Entschluss und hat maßgeblich zu dessen Erfolg beigetragen. Ob die Funktion mit zusätzlichen Steuerungsbefugnissen (z. B. Fach- und Dienstaufsicht über die Koordinatorinnen) ausgestattet werden sollte, kann diskutiert werden, birgt jedoch auch zu berücksichtigende Risiken. So ist nicht ausgeschlossen, dass eine solche Konstellation die gute kollegiale Zusammenarbeit zwischen der Gesamtkoordination und den Standorten erschwert hätte.

Auch die Entscheidung, die *Fach- und Dienstaufsicht* über die Koordinatorinnen auf die lokalen Partnerorganisationen zu übertragen, erscheint funktional und sinnvoll. Es hat an keiner Stelle Auseinandersetzungen über die vertraglich abgesicherten Regelungen bezüglich der Fach- und Dienstaufsicht gegeben und die Kooperation verlief diesbezüglich reibungslos.

Ambivalent bleibt die Bewertung der Funktion der *Steuerungsgruppe*. Hier ist aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung versäumt worden, zu Projektbeginn eine klare Rollendefinition – auch in der Abgrenzung zur Tätigkeit der Koordinatorinnen – vorzunehmen. So war den Projektbeteiligten (z. T. auch den Mitgliedern der Steuerungsgruppe) im gesamten Projektverlauf nicht klar, welche steuernden Kompetenzen diese Gruppe hat. Rollenkonflikte und Kommunikationsprobleme, die im Projektverlauf zwischen dem zentralen Projektkoordinator oder auch den Koordinatorinnen und der Steuerungsgruppe entstanden sind, beruhen im Wesentlichen auf dieser ungeklärten Rollendefinition. Hinzu kommt, dass die Entscheidungsmöglichkeiten der Steuerungsgruppe aufgrund der fehlenden Finanzhoheit begrenzt waren. Hier erscheint eine klarere Struktur sinnvoller. So wäre ein kleines Steuerungsgremium, bestehend aus AGOT-Vorstand und zentraler Projektkoordination, und ein zusätzlicher, um externe Expert/-innen erweiterter Beirat ohne steuernde Befugnisse sinnvoller gewesen.

Diese beratende Funktion sollte in der ursprünglichen Projektkonzeption von der *Projektkonferenz* übernommen werden. Mit der Entscheidung, dieses Element der Projektstruktur grundsätzlich zu verändern und der Projektkonferenz einen Tagungscharakter zu geben, ging diese Beiratsfunktion verloren. Die drei an verschiedene Zielgruppen (Projektbeteiligte, Fachöffentlichkeit, Kinder und Jugendliche) gerichteten erfolgreichen Projektkonferenzen wurden eher zur Verbreitung von Projektergebnissen und zur Öffentlichkeitsarbeit genutzt. Diese Veränderungen haben sich aus der Projektentwicklung ergeben und werden auch von der wissenschaftlichen Begleitung als richtiger Schritt bewertet. Sie sprechen zudem für die Flexibilität und das pragmatische,

zielgerichtete Vorgehen der Projektverantwortlichen.

Die Entscheidung, an den Standorten mit hauptberuflichen Fachkräften in Vollzeitstellen zu arbeiten, hat sich ebenfalls als richtig erwiesen. Die im Gespräch mit den *lokalen Koordinatorinnen* geäußerte Anregung, diese Position generell mit zwei Personen in Halbtagsstellen zu besetzen, hätte diese Arbeit vielleicht noch weiter qualifiziert; dies hängt aber stark von der Ausrichtung der Standorte ab. Der Vorschlag scheint für eine stark praxisorientierte Arbeit sinnvoller zu sein, als für eine eher konzeptionelle Ausrichtung. Aus diesem Grund kann hier keine grundsätzliche Bewertung erfolgen. Die Aufteilung der Arbeitszeit der Koordinatorinnen in standortbezogene Tätigkeiten und Tätigkeiten für das Gesamtprojekt wurde von einigen Projektbeteiligten als Dilemma empfunden, welches aber nicht generell aufgelöst werden kann. Der Einsatz der Personalressourcen wurde in erster Linie von den Projektzielen abhängig gemacht. Da diese sich im Projektverlauf hinsichtlich ihrer Gewichtung verändert haben, macht eine vorherige verbindliche Regelung der Arbeitszeitverteilung für den gesamten Projektverlauf keinen Sinn. Dass das Team der Koordinatorinnen – auch aufgrund der starken Einbindung in Tätigkeiten für das Gesamtprojekt (z. B. Fachtagungen, Abschlussbericht) – zu einem im Projektkontext wichtigen Strukturelement für das Gesamtprojekt wurde, war in der Planung zunächst nicht vorgesehen, wurde dann aber schnell von allen Beteiligten akzeptiert.

An den fünf Standorten wurde die Projektarbeit in den Sozialräumen von *lokalen Netzwerken* unterstützt. Diese arbeiteten unter verschiedenen Bezeichnungen (u. a. „Kooperationsgruppe“, „Gestaltungsrunde“, „Kiez-AG“), unter Einbezug unterschiedlicher Akteure (u. a. öffentliche und

freie Träger der Kinder- und Jugendarbeit, Vereine, Schulen, Kitas, Familienbildungsstätten, Politik, Kirchengemeinden) und mit verschiedenen Zielsetzungen zusammen. Auch wenn sich die Arbeit dieser Gruppen aufgrund der Unterschiedlichkeit der Standorte schwer bewerten lässt, kann festgestellt werden, dass es diesen Gruppen gelungen ist, einen gemeinsamen Bildungsbegriff zu entwickeln und nach außen zu vertreten. Insbesondere die kooperative Entwicklung von Angeboten und Lerngelegenheiten führte zur Stärkung örtlicher Netzwerkstrukturen, die z. T. auch über die begrenzte Projektlaufzeit hinaus Bestand haben. Wichtig ist hier vor allem der möglichst kleinräumige Sozialraumbezug dieser Vernetzungsaktivitäten.

Angebote und Lerngelegenheiten

An den fünf Projektstandorten wurden im Rahmen des Projekts BILDUNG(S)GESTALTEN insgesamt etwa 200 einzelne Angebote und Lerngelegenheiten für Kinder, Jugendliche und andere Zielgruppen entwickelt. Diese verteilen sich ungleich auf die einzelnen Standorte, wobei die reine Menge der umgesetzten Einzelprojekte kein Indikator für den Projekterfolg ist. Wie viele Angebote umgesetzt wurden, hing eher von den individuellen Projektzielen und Voraussetzungen der Standorte ab. Während z. B. am Standort Gelsenkirchen-Bismarck – unter anderem aufgrund der mit zusätzlichen Fördermitteln der Anneliese-Brost-Stiftung verbundenen Anforderungen – eher angebotsorientiert gearbeitet wurde, lag der Schwerpunkt an den Standorten Bonn und Bad Salzuflen stärker auf der konzeptionellen Entwicklung von Bildungslandschaften.

Der Hauptteil der Angebote (ca. 70%¹) richtete sich an Kinder und Jugendliche und

etwa 20 % auch/oder ausschließlich an Familien und Erwachsene. Hinzu kommen ca. 20 % aller Angebote, die sich an Fachkräfte aus Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, der Familienbildung und anderen Bildungseinrichtungen richteten. Letztere dienten nicht nur der (multiprofessionellen) Qualifikation, sondern spielten darüber hinaus eine zentrale Rolle in den örtlichen Vernetzungsprozessen. Etwa 10 % waren besonders geschlechtssensible Angebote, wobei sich hiervon der überwiegende Teil ausschließlich an Mädchen und Frauen richtete. Insgesamt gab es nur zwei Angebote speziell für Jungen. Auch Angebote mit ausgesprochenem Inklusionsanspruch blieben die Ausnahme, wobei allerdings ein größeres Projekt, der VivO-Garten, für den Standort Bonn von erheblicher Bedeutung war. Hier konnten Kinder verschiedener Schulformen (u. a. Förderschüler) einen eigenen Garten gestalten.

Inhaltlich deckten die Angebote und Lerngelegenheiten eine große Bandbreite ab. So kann man etwa ein Viertel als Sport- und Bewegungsangebote bezeichnen und ca. 40 % als künstlerisch-kreative Angebote, wobei hier die Beschäftigung mit Musik den größten Raum einnimmt. Nach Aussagen der Koordinatorinnen stand bei ca. 40 % die Stärkung des Selbstwertgefühls und der Selbstbehauptung im Vordergrund. In weiteren ca. 40 % ging es um die Aneignung von Raum bzw. um Freiräume und bei etwa einem Drittel um Partizipation.

Die meisten Angebote und Lerngelegenheiten wurden in Kooperation mehrerer Träger entwickelt. Beteiligt waren hier in ca. 75 % der Fälle freie Träger und in ca. einem Drittel der Fälle kommunale Stellen und Einrichtungen. Schulen waren an etwa 30 % der Angebote beteiligt. Dies entspricht dem Gedanken einer nichtschulzentrierten Bildungslandschaft, in der die Schule zwar

Teil der sozialraumorientierten Kooperation ist, aber nicht in ihrem Zentrum steht. Ein gutes Beispiel für eine Kooperation auf der vielbeschworenen „Augenhöhe“ zwischen OKJA und Schule ist das oben beschriebene Projekt „Spielstadt“ am Standort Gelsenkirchen-Bismarck.

Für den Gesamtkontext des Projekts BILDUNG(S)GESTALTEN waren die vielfältigen Kooperationsprojekte von zentraler Bedeutung. Hierbei konnte unter Beweis gestellt werden, dass die Entwicklung von Bildungslandschaften nicht unbedingt lange Vorlauf- und Planungsphasen ohne konkrete Auswirkungen auf die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen erfordert. Der kleinräumige Ansatz machte es möglich, im Prozess gleichzeitig Angebote und Netzwerkstrukturen zu entwickeln. Die Leitfrage des Projekts „Was kommt beim Kind an?“ war an allen Standorten handlungsleitend. Dabei war die gemeinsame Praxisentwicklung wichtiger Motor der Netzbildung. So fanden z. B. im Bad Salzfluener Move-Projekt verschiedene freie und öffentliche Träger zusammen, entwickelten eine Veranstaltungs- und Angebotsreihe für Kinder- und Jugendliche und gleichzeitig stabile Netzwerkstrukturen, welche in dieser Form bisher nicht existent waren. Neben Effekten für die Netzbildung berichten die Projektakteure von deutlichen Effekten auf die Qualität der einzelnen Institutionen und Organisationen. Das gemeinsame Gestalten von Bildungsangeboten ermöglichte Lernen im kollegialen Austausch und bot Räume der Reflexion. Die Entwicklung interessanter und spannender Angebote kann auch im Rahmen herkömmlicher Kinder- und Jugendarbeit stattfinden. Hierzu braucht es nicht unbedingt Kooperationen. Aber um zusätzliche Effekte der lokalen Netzbildung und der gegenseitigen Qualifizierung zu erzielen, scheinen sozialraumorientierte

Bildungslandschaften der richtige Ort zu sein.

Kontakte zu den regionalen Bildungsnetzwerken

Die Kontakte zu den in Kooperation des Landes NRW mit den Städten und Landkreisen eingerichteten Regionalen Bildungsnetzwerken und ihren operativen Stellen, den Regionalen Bildungsbüros, gestalteten sich an allen fünf Standorten des Projekt BILDUNG(S) GESTALTEN schwierig. Zwar gab es Gespräche und gegenseitige Einladungen zu Veranstaltungen; gemeinsame Projekte kamen aber trotz verschiedener Versuche nicht zustande. Die Befragung von Mitarbeiter/-innen der Regionalen Bildungsbüros sowie der lokalen Projektkoordinatorinnen hat ergeben, dass dieses Ergebnis nicht auf mangelndem Engagement, sondern auf zu großen strukturellen Unterschieden beruht. So arbeiten die Regionalen Bildungsnetzwerke – häufig mit sehr geringen Personalressourcen – sehr schulorientiert und mit räumlichem Bezug zur ganzen Kommune bzw. zu einem Landkreis. Hier nehmen z. B. Themen des Übergangs zwischen den Bildungssystemen einen großen Raum ein. Für das Projekt BILDUNG(S)GESTALTEN stellte sich schnell heraus, dass eine sinnvolle Entwicklung von bildungsbezogenen Netzwerken und entsprechenden Angeboten nur sozialraumbezogen Sinn macht. Dort wo es – wie in Gladbeck und Bad Salzuffen – zusätzliche (kommunale) Bildungsbüros mit geringerem Einzugsgebiet gab, gestaltete sich die Zusammenarbeit auch dementsprechend besser.

Auch das formulierte Ziel des Projekts, nach dem Vertreter/-innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Lenkungskreisen der Regionalen Bildungsbüros Sitz und Stimme bekommen sollen, konnte zunächst nicht erreicht werden. Die(se) Lenkungskreise sind derzeit mit hochrangigen

Vertreter/-innen aus den Kommunen, dem Land NRW und dem schulischen Bereich besetzt. Die Kinder- und Jugendhilfe wird hier in ihrer Gesamtheit allenfalls von den Jugendamtsleitungen vertreten. Diese in den Verträgen des Landes mit den Kommunen vereinbarte Besetzung der Lenkungskreise ist nur schwer zu verändern, wobei sich für die Kinder- und Jugendarbeit zusätzlich die Frage der Vertretungsberechtigung stellt. Die strukturelle Frage, wer alle freien und öffentlichen Träger einer Kommune, die im außerschulischen Bildungsbereich tätig sind, vertreten kann, wurde im Projektkontext nicht befriedigend beantwortet.

Ein hierzu von der wissenschaftlichen Begleitung entwickelter Vorschlag wurde in den Projektgremien kontrovers diskutiert. Es wurde vorgeschlagen, in den (zuvor definierten) Sozialräumen jeweils eine Person in der Funktion eines „Kümmerers“ zu installieren. Diese Person, die aus einer Einrichtung der freien Kinder- und Jugendarbeit, vom öffentlichen Träger oder ggf. auch aus dem schulischen Bereich kommen kann, sollte über zusätzliche Zeitressourcen verfügen und Vernetzungsaufgaben im Sozialraum wahrnehmen. Im zweiten Schritt könnten sich diese Kümmerer in einem stadt- bzw. kreisweiten Arbeitskreis zusammenfinden und der Sprecher dieser Gruppe in den Lenkungskreis des Regionalen Bildungsnetzwerkes aufgenommen werden. Dies würde eine Veränderung der bestehenden Verträge zu den Regionalen Bildungsnetzwerken erfordern, aber zumindest tendenziell eine bessere Vertretung der freien Träger in diesem Gremium sichern.

Herausforderungen für die Kommunen

Das Projekt BILDUNG(S)GESTALTEN kann als ein Versuch der freien Träger der Offenen

Kinder- und Jugendarbeit und der Familienbildung betrachtet werden, stärkere Verantwortung für die Bildung im kommunalen Raum zu übernehmen. Der Anspruch, als relevanter Bildungsträger wahrgenommen zu werden, verbindet sich mit dem Anspruch, an kommunalen Bildungsentscheidungen beteiligt zu werden. Diese Verantwortungsübernahme nichtstaatlicher Akteure entspricht dem Gedanken einer veränderten kommunalen Steuerung, die häufig mit dem Begriff der „Regional Governance“ umschrieben wird.

Auch wenn die Gelingensbedingungen zur Entwicklung von sozialraumorientierten Bildungslandschaften noch nicht abschließend und in allen Einzelheiten beschrieben werden können, lassen die im Projekt gemachten Erfahrungen einige generelle Aussagen zu den Grundbedingungen für diesen Governance-Prozess zu.

Im Sinn einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft ist zunächst ein abgestimmtes Vorgehen zwischen Kommunen und Land notwendig. Hierzu müssen Verantwortlichkeiten im Bildungsbereich verbindlich geklärt und geregelt werden. Dies betrifft sowohl das Verhältnis zwischen Bund und Land (vertikale Ebene) als auch das Verhältnis zwischen verschiedenen kommunalen Ressorts, insbesondere zwischen Schul- und Jugendverwaltung (horizontale Ebene).

Um komplexen Bildungsanforderungen gerecht werden zu können, ist ein kommunales Bildungsverständnis notwendig, welches über abschlussorientiertes Lernen in formalen Strukturen hinausgeht. In Politik und Stadtgesellschaft muss akzeptiert sein, dass unterschiedliche Bildungsbegriffe koexistieren können und Lernen an den verschiedensten Orten, in unterschiedlichen Kontexten und zu verschiedenen Gelegenheiten stattfindet.

Zur Gestaltung der Bildungslandschaft sind alle in Frage kommenden Akteure anzusprechen. Hierzu gehören neben den Familien und den Schulen u. a. die freien und kommunalen Träger und Einrichtungen der Jugendhilfe, der Sport, Kultureinrichtungen und -organisationen, religiöse Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände, Volkshochschulen und andere Weiterbildungseinrichtungen, aber ggf. auch die Wirtschaft. Alle relevanten Bildungsakteure sind in die entsprechenden Planungsprozesse einzubinden und müssen in entsprechende Steuerungsgremien aufgenommen werden.

Einbezogen werden müssen außerdem die Adressat/-innen von Bildungsangeboten, in erster Linie Kinder, Jugendliche und deren Familien. Hier sollten Bildungsbedarfe und Interessen erhoben sowie eine aktive Mitwirkung an der Planung und Gestaltung von Angeboten ermöglicht werden. Dies betrifft die Schulen ebenso wie die kommunalen Gremien und die außerschulischen Lernorte.

Nach den Projekterfahrungen können folgende Erfolgsbedingungen für Veränderungen im Zusammenspiel lokaler Akteure beschrieben werden:

Grundvoraussetzung aller Veränderungsprozesse ist die Offenheit der kommunalen Verantwortungsträger aus Politik und Verwaltung für die Beteiligung von nichtstaatlichen Organisationen an Fragen des Gemeinwesens. Wenn diese Philosophie nicht von der Stadtspitze getragen und damit auch demokratisch legitimiert wird, haben Umstrukturierungsprozesse in Richtung Regional Governance wenig Aussicht auf Erfolg. Die Bereitschaft, Verantwortung zu übertragen, sollte bestenfalls auch im kommunalen Leitbild oder in seinen bildungspolitischen Grundsätzen dokumentiert sein.

Mit seinem Ansatz, Bildungslandschaften „von unten“ zu entwickeln, hat das Projekt

gezeigt, dass ein möglichst kleinräumiges Vorgehen sinnvoll ist. Hierzu sind in der Kommune zunächst einmal Sozialräume als räumliche Bezugsgrößen für bildungs- und sozialpolitische Interventionen zu definieren. Sollte es bereits sozialraumbezogene Ansätze in anderen Tätigkeitsfeldern der Kommune (z. B. Stadtentwicklung, Sozialarbeit, Kinder- und Jugendarbeit) geben, ist es sinnvoll, daran anzuknüpfen.

Beteiligungsorientierte Umstrukturierungsprozesse werden nur gelingen, wenn sich die Beteiligten auf gemeinsame Ziele verständigen. Orte für solche Debatten können die Arbeitskreise nach §78 SGB VIII oder die Lenkungsreise in den Bildungsbüros sein. Wichtig ist hier, dass alle Akteure ihre Interessen einbringen können und für kleinere Organisationen die Möglichkeit der Mitsprache besteht.

Governance sollte nicht als eine Möglichkeit der Einsparung von Finanzmitteln angesehen werden. Auch wenn sich Einsparungen durch die Verlegung von Aufgaben auf mehrere Schultern ergeben mögen, dürfen die personellen und materiellen Ressourcen, die für Vernetzungs- und Beteiligungsprozesse notwendig sind, nicht unterschätzt werden. Insbesondere wenn kleinere Organisationen oder einzelne Bürger/-innen beteiligt werden sollen, müssen diese in den Stand der Handlungsfähigkeit versetzt werden.

Um Interessenskonflikten vorzubeugen, ist eine neutrale Moderation der Prozesse notwendig. Diese kann von kommunaler Seite oder von einem freien Träger, der selbst nicht zu stark mit Eigeninteressen involviert ist, übernommen werden. Wichtig ist, dass die ausgewählte Person das Vertrauen der Beteiligten hat, über die notwendigen personalen Kompetenzen verfügt und einen verlässlich langen Zeitraum für diese Tätigkeit zur Verfügung hat.

Schluss

Das Projekt BILDUNG(S)GESTALTEN konnte zeigen, welche Möglichkeiten durch die Vernetzung und Partizipation freier und öffentlicher Akteure im Bereich außerschulischer Bildung entstehen können. Jenseits der vom SGB VIII vorgesehenen Mitwirkungsrechte freier Träger und herkömmlicher Praxisgestaltung, entstanden Formen der Kooperation, die staatlich-kommunales Handeln zwar nicht ersetzen aber ergänzen können. Eine besondere Erfahrung des Projekts BILDUNG(S)GESTALTEN war, dass konkrete praktische Kooperationsprojekte eine wichtige Funktion für Netzwerke haben und eine Netzwerkbildung mit direkten Auswirkungen auf die Lebenswelt von Kindern und Jugendliche möglich ist. Die gemeinsame Arbeit an konkreten Themen und Aufgaben und die praktische Umsetzung der Ideen fördert das gegenseitige Wissen über Stärken und Schwächen der Partner und damit das gegenseitige Vertrauen.

Anmerkung

1 Die Prozentwerte beziehen sich auf die 180 Einzelprojekte, die bis zum 30.11.2014 zur Veröf-

entlichung auf der Projekthomepage beschrieben waren. Deutlich werden jedoch die Grenzen, die dem Projekt BILDUNG(S)GESTALTEN hinsichtlich der Durchsetzung einer Regional Governance gesteckt sind. Als Innovation von außen war das Projekt stark davon abhängig, von welchen Vorerfahrungen mit ähnlichen Vernetzungsprozessen, welcher Beteiligungskultur und welchem Bildungsklima die Kommunen geprägt waren. Für grundlegende Veränderungen im Bildungsbereich an den Standorten hat die Projektlaufzeit von drei Jahren nicht ausgereicht. Ob das Projekt als Modell für die Umgestaltung kommunaler Bildung tauglich ist und Nachahmer findet, muss die weitere Entwicklung zeigen. Zumindest haben alle beteiligten Kommunen Interesse an einer wie auch immer gearteten Fortsetzung der durch das Projekt angestoßenen Innovationen geäußert. So arbeitet man in Bochum trotz finanzieller Hürden an einem Konzept, wie der begonnene Prozess am Projektstandort Wattenscheid-Mitte sowie in drei weiteren Stadtteilen fortgeführt werden kann.

fentlichung auf der Projekthomepage beschrieben waren.

Folgerungen und Forderungen des Projektes BILDUNG(S)GESTALTEN



Aus den Erfahrungen und Ergebnissen des Projektes ergeben sich Folgerungen und Forderungen. Zum einen richten sie sich an die Praxis. Mit Blick auf die identifizierten Bedingungen, die eine angemessene Umsetzung befördern oder behindern, werden auch Forderungen an die Politik gerichtet: hier geht es um politische Weichenstellungen, die von den Kommunen vorgenommen werden müssen, sollen die Potenziale des Konzeptes Kommunalen Bildungslandschaften ernsthaft in die Praxis umgesetzt werden. Weichenstellungen auf Ebene des Landes werden ebenso zur Disposition gestellt wie eine Bildungslandschaftsdebatte, die ihren eigenen Anspruch ernst nimmt und sich für eine tatsächliche Umsetzung des progressiven Charakters in der Praxis einsetzt.

Folgerungen und Forderungen für die Fachpraxis

Die Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Familienbildung besitzen eine ausgesprochene Expertise für die Belange von Kindern und Jugendlichen

sowie funktionierenden Vernetzungsprozessen. Diese Expertise gilt es zu kultivieren, weiterzuentwickeln und mit Selbstbewusstsein in die Kommune zu tragen.

Voraussetzung für die Gestaltung von Kommunalen Bildungslandschaften ist eine unter räumlichen und inhaltlichen Gesichtspunkten sinnvolle Bestimmung von Sozialräumen. Da sie sich verändern, dürfen Sozialräume nicht auf Dauer festgeschrieben werden. Für die Erfassung und Analyse von Sozialräumen gibt es zahlreiche (partizipative) Methoden. Es gilt, den Fachkräften aus der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Familienbildung Zeitressourcen zur Verfügung zu stellen, um Weiterqualifizierungen zu diesen Themen zu ermöglichen.

Sinnhafte und nachhaltige Effekte von Vernetzungsprozessen entstehen dann, wenn Vernetzung an konkreten Angeboten wächst und nicht um des eigenen Willens gestaltet wird.

Freiräume für Kinder und Jugendliche sind wichtig – zeitlich, örtlich und ideell. Dazu zählen auch bzw. gerade nichtpädagogisch gestaltete und zweckfreie Orte und Gelegenheiten. Die Pädagog/-innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Familienbildung übernehmen eine Anwaltsfunktion für Freiräume aller Art und müssen die Notwendigkeit von Freiräumen in die öffentlichen und politischen Diskussionen einbringen und vertreten.

In Beteiligungsverfahren benötigen Kinder und Jugendliche Begleiter/-innen, die

sie in ihrem Sinne bei der Umsetzung ihrer Anliegen unterstützen. Diesen Auftrag der Parteilichkeit für Kinder und Jugendliche gilt es professionell ernst- und wahrzunehmen. Damit die Akteur/-innen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Familienbildung auch weiterhin diesem Auftrag gerecht werden können, muss die kritische Auseinandersetzung mit dem Verständnis zur (eigenen) Beteiligung Kernaufgabe sein.

Für eine gelingende Struktur der Partizipation braucht es eine „Kultur der Beteiligung“. Vereinzelte, meist voneinander unabhängige Projekte reichen dafür nicht aus.

In Vernetzungsprozessen müssen Strukturen geschaffen werden, die sicherstellen, dass Querschnittsthemen wie Gender Mainstreaming explizit in der Kommunalen Bildungslandschaft thematisiert werden.

Folgerungen und Forderungen an die Kommunen

Es braucht ein klares Bekenntnis der Kommunen zum Aufbau Kommunalen Bildungslandschaften.

Die für die Kommunalen Bildungslandschaften notwendige Expertise liegt bei den lokalen Akteur/-innen. Die Jugendämter haben die Aufgabe, Strukturen zu schaffen, um diese lokalen Kompetenzen in den Prozess des Aufbaus der Kommunalen Bildungslandschaft systematisch mit einzubinden.

Freie Träger und Jugendamt müssen die Kommunale Bildungslandschaft vor Ort gemeinsam gestalten. Notwendige Rahmenbedingungen und Strukturen für diesen Prozess gilt es partnerschaftlich auszuhandeln. Es muss klar definiert werden, wer die Rolle des Kümmerers bzw. der Kümmerin für die Entwicklung Kommunalen Bildungslandschaften wahrnimmt und welche inhaltlichen Erwartungen an diese Rolle gestellt werden.

Vernetzung ist kein Sparmodell. Zusätzliche Ressourcen sind nötig, diese müssen bereitgestellt werden.

Eine Kommunale Bildungslandschaft wächst kleinräumig. Die Kommunen müssen dafür zuerst die Sozialräume als sinnvolle sozialpädagogische und räumliche Größe definieren sowie die verschiedenen Bildungsakteur/-innen zusammenführen und in den Austausch bringen. Den Kommunen obliegt in diesem Entwicklungsprozess eine „Motor-Rolle“!

Die Koordination der Entwicklung Kommunalen Bildungslandschaften muss auf der Sozialraum-Ebene erfolgen. Sie darf nicht auf der Stadt- bzw. Kreis-Ebene angesiedelt werden.

Der sinnvolle Aufbau einer Kommunalen Bildungslandschaft erfolgt „von unten“ unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als Expert/-innen für ihre eigenen Bedürfnisse und Bedarfe. Die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen muss daher in der Jugendhilfeplanung garantiert sein, und zwar im Sinne einer „echten“ Beteiligung!

Der Beteiligungsanspruch der Jugendhilfe wird sowohl durch tradierte Logiken kommunalen Handelns als auch durch den Druck, wirtschaftlich zu agieren, konterkariert. Diese Widersprüche müssen herausgearbeitet und transparent gemacht werden. Handlungsspielräume gilt es auszuloten, zu erkennen und auszunutzen!

Es muss mehr öffentliches Bewusstsein und Akzeptanz für Freiraumeroberung geschaffen werden. Damit einher geht auch ein weniger repressives Vorgehen im Falle der Selbstaneignung von Raum durch Kinder und Jugendliche.

Freiräume – zeitlich, örtlich und ideell – müssen in der Stadt- und Jugendhilfeplanung berücksichtigt werden.

Für die Mitgestaltung der Kommunalen Bildungslandschaften durch die Offene Kin-

der- und Jugendarbeit und die Familienbildung ist eine gut ausgestattete Strukturförderung wesentliche Voraussetzung – neben einer ausreichenden Projektförderung.

„Kommunale Bildungslandschaften“ müssen ergänzend als Position auch in die kommunalen Kinder- und Jugendförderpläne aufgenommen werden.

Einrichtungen und Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Familienbildung brauchen Entlastung bzw. stärkende Unterstützung und Existenzsicherung, damit sie selbstbewusst Bedingungen der Kooperation im Sozialraum aushandeln können, insbesondere in der Verhandlung mit Schulen.

Der Aufbau von Kommunalen Bildungslandschaften stellt zusätzliche Anforderungen an die Mitarbeiter/-innen von Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Familienbildung. Fortbildung und Weiterqualifizierung können nicht vom Träger alleine gestemmt werden, Rahmenbedingungen müssen auch hier angepasst werden. Die Jugendämter müssen hier wieder eine struktur- und impulsgebende Funktion übernehmen.

Es braucht überall kommunale Gremien, die sich verantwortlich dafür zeigen, dass Bildung im Sinne des erweiterten Bildungsbegriffes und das Thema Freiräume umfassend inhaltlich diskutiert wird.

Eine gute Vernetzung braucht professi-
onsübergreifende Fortbildungen und Ver-
anstaltungen, kontinuierlichen Austausch
und eine gemeinsame Planung. Dies gilt es
zu ermöglichen und zu fördern.

Forderungen und Folgerungen an die Landespolitik

Die Expertise der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Familienbildung muss auf Landesebene stärker gehört und genutzt werden.

Kommunale Bildungslandschaften können sehr gut von der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Familienbildung (mit-) gestaltet werden. Dafür ist die wohl wichtigste Voraussetzung eine deutliche Aufwertung der Strukturförderung, neben der Erhaltung einer gut ausgestatteten Projektförderung. Die Förderposition „Kommunale Bildungslandschaften“ im Kinder- und Jugendförderplan des Landes NRW muss erhalten werden.

Die Realisierung des erweiterten Bildungsbegriffes braucht eine Vernetzungsstruktur auf der Ebene des Sozialraumes. Die Kreis- bzw. Stadtebene ist zu großräumig und kann keine passgenauen Angebote hervorbringen, die dem Anspruch der Verbesserung von Bildungschancen gerecht werden.

Regionale Bildungsbüros haben strukturell und inhaltlich einen schulzentrierten Fokus. Der erweiterte Bildungsbegriff umfasst aber mehr als Schulentwicklung. Die Bedeutung der außerschulischen Bildung muss deutlich stärker beachtet werden und Eingang in die regionalen Bildungsnetzwerke finden.

In Bildungsfragen muss es eine engere Kooperation zwischen Schul- und Jugendministerium im Sinne der Kinder und Jugendlichen geben.

Für Schulen müssen die Rahmenbedingungen so verändert werden, dass grundsätzlich eine Zusammenarbeit mit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Familienbildung und nach Bedingungen und Prinzipien non-formaler Bildungsanbieter/-innen möglich ist. Zudem ist die Fortbildung der Lehrer/-innen im Bereich „Kooperation Jugendarbeit und Schule“ zu ermöglichen, da nur so die unterschiedlichen Bedürfnisse beider Seiten vermittelt werden können und die nötige Akzeptanz der unterschiedlichen Arbeitsfelder und –methoden sichergestellt werden kann.

Der Kinder- und Jugendförderplan des Landes NRW erfordert eine flexible, bedarfsorientierte und sozialraumorientierte Förderstruktur. Die bisherige Struktur ist an vielen Stellen nicht geeignet, um als Träger flexibel auf die Entwicklungen in der Lebenswelt und des Sozialraumes der Kinder und Jugendlichen reagieren zu können. Hierzu müssen Ergänzungen und Möglichkeiten geschaffen werden.

Kommunen müssen dabei unterstützt werden, Kommunale Bildungslandschaften vor Ort zu entwickeln. Hierzu bedarf es der Schaffung von Rahmenbedingungen – sowohl in beratender als auch in finanzieller Gestalt – die gemeinsame Entscheidungen aller Beteiligten über förderlichen Strukturen für Kommunale Bildungslandschaften sicherstellt.

Beteiligung kann und muss auf allen Ebenen gelebt werden, auch auf Landesebene. Hier sind die formalen Kriterien für Beteiligung, wie sie bisher de facto umgesetzt werden, nicht ausreichend. Es muss „echte“ Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stattfinden. Gleichzeitig muss die Durchgängigkeit der Beteiligungsergebnisse von der Basis bis zur Landesebene sichergestellt werden. Dafür müssen Strukturen und Möglichkeiten geschaffen werden, die dem Übersetzungsbedarf und -anspruch von Beteiligungsprozessen gerecht wird und von Fachkräften geleistet werden kann.

Folgerungen und Forderungen an die Debatte um Kommunale Bildungslandschaften

Wenn Bildung kein Selbstzweck ist, sondern die Verbesserung der Aufwuchsbedingungen und Lebenswirklichkeiten junger Menschen ermöglichen soll, muss den kommunalen Jugendämtern mit ihrem politischen Mandat zur Förderung von Kindern und

Jugendlichen eine entsprechende Rolle im Gestaltungsprozess zugesprochen werden.

Um die Potenziale von Kommunalen Bildungslandschaften tatsächlich in die Praxis umzusetzen, muss die bislang hochgradig unterschätzte Expertise der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und Familienbildung in ihren Schlüsselaspekten stärker zur Kenntnis und in Anspruch genommen werden! Zu den Schlüsselaspekten zählen u. a. die Förderung von Kindern und Jugendlichen in ihrer Komplexität als ganze Menschen (anstelle einer Verengung auf die Schüler/-innenrolle), subjektorientierte und sozialräumliche Ansätze sowie Freiräume und Fragen von Aneignung und Partizipation.

Das Konterkarieren des partizipativen Anspruches von Bildungs- als Bildungslandschaften durch vordefinierte Bildungsziele auf höheren Ebenen ist offensiv zu problematisieren. Vorgaben für das Erreichen von Kompetenzen, Abitur- und Übergangsquoten oder die Zunahme der Mobilität als Ziele zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch Länder, Bund und EU lassen sich nicht mit einer echten Orientierung an den Bedürfnissen der jungen Menschen vereinbaren.

Wird der Partizipationsanspruch innerhalb der Bildungslandschaftsdebatte politisch ernst genommen, müssen sämtliche politisch definierte Bildungsziele unter dem Aspekt „echter Beteiligung“ realisierbar, sprich so ergebnisoffen sein, dass die Interessen und Bedürfnisse der jungen Menschen tatsächlich ernst genommen und berücksichtigt werden.

Der Wille zur ernsthaften Umsetzung der bisher vielfach nur rhetorischen Bekenntnisse zur Stärkung von Freiräumen – zeitlich, räumlich und ideell – innerhalb von Kommunalen Bildungslandschaften muss sich in der Praxis abbilden, etwa indem der

entsprechende Erfahrungsschatz von Offener Kinder- und Jugendarbeit und Familienbildung stärker in Anspruch genommen wird. Seitens der Fachdebatte ist darauf hinzuweisen, dass das theoretische Wissen um die hohe Bedeutung von Freiräumen für informelle Lernprozesse in der Praxis noch nicht gelebt wird.

Sollen alle jungen Menschen von der Entwicklung Kommunalen Bildungslandschaften profitieren, müssen die geschlechtsspezifisch ungleichen Zugangsvoraussetzungen endlich zum Gegenstand der Debatte und der Praxis vor Ort werden. Für die notwendige Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Unterschieden und Herausforderungen ist stärker von der Expertise der geschlechtsbezogenen Pädagogik Gebrauch zu machen, die in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Familienbildung eine langjährige Tradition hat.

Da das Verhältnis zwischen Schule und non-formaler Bildung durch ein strukturelles Ungleichgewicht geprägt ist, das auch durch die besten Absichten auf zwischenmenschlicher Ebene nicht außer Kraft gesetzt werden kann, ist die Rede von

„Augenhöhe“ und „Partnerschaftlichkeit“ in diesem Zusammenhang als irreführend zu entlarven und darf nicht reproduziert werden. Vielmehr sollte das Ungleichgewicht insgesamt wie auch in konkreten Kooperationen offen thematisiert werden, so dass ein bewusster Umgang mit dieser strukturellen Problematik möglich wird.

Für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Bildungssystems besteht ein dringender Angleichungsbedarf im Bereich der Bildungsforschung. Dem massiven Übergewicht von Studien auf Seiten der Schulentwicklungsforschung ist unbedingt durch eine verstärkte Forschung im Bereich der außerschulischen Bildung entgegenzuwirken.

Die Dokumentation (siehe Buch-Cover linke Seite) kann kostenlos bezogen werden über:

**Arbeitsgemeinschaft Offene Türen
Nordrhein Westfalen AGOT-NRW e. V.**
Unter den Eichen 62a · 40625 Düsseldorf
Telefon 0211 / 23945785
Mail: info@agot-nrw.de

ANZEIGEN

1 SEITE* **(Volles Format)**

148 mm x 210 mm (End-Format),
Dateigröße: 153 mm x 220 mm

***HINWEIS**

Bei angelieferten Anzeigen, z. B. als PDF,
muss vor der Gestaltung bekannt sein, ob es
sich um eine rechte oder linke Seite handelt.

2-SPALTIG

1 Seite	126 mm x 185 mm
3/4 Seite	126 mm x 138,75 mm
1/2 Seite	126 mm x 92,5 mm
1/3 Seite	126 mm x 62 mm
1/4 Seite	126 mm x 46,25 mm

1-SPALTIG

1 Seite	61 mm x 185 mm
3/4 Seite	61 mm x 138,75 mm
1/2 Seite	61 mm x 92,5 mm
1/3 Seite	61 mm x 62 mm
1/4 Seite	61 mm x 46,25 mm

ANSPRECHPARTNER

Eric Bachert (BAG)

Telefon: 0711 / 89 69 15 -32

E-Mail: e.bachert@bundesnetz.de



IMPRESSUM

Die Bundesarbeitsgemeinschaft **Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.)** gibt seit 2005 die seit 1991 regelmäßig erscheinende Fachzeitschrift **OFFENE JUGENDARBEIT** heraus.

In ihr werden aktuelle Themen und Entwicklungen zur Kinder- und Jugendarbeit, vor allem in Kinder- und Jugendhäusern, Jugendzentren usw. diskutiert und beispielhafte Praxismodelle vorgestellt.

OFFENE JUGENDARBEIT

Praxis • Konzepte • Jugendpolitik

- Herausgeber:** Bundesarbeitsgemeinschaft
Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V.
(BAG OKJE e.V.)
Siemensstr. 11 · 70469 Stuttgart
Telefon: 0711 / 89 69 15-32 · Fax: 0711 / 89 69 15-88
E-Mail: e.bachert@bundesnetz.de
- Verlag:** tb-verlag
Burkhard Fehrlen
Hegelstr. 48 · 72072 Tübingen
www.tbv-verlag.de · bfehrlen@t-online.de
ISSN 0940-2888
- Gestaltung:** KOHLERDESIGN · www.kohlerdesign.de
- Auflage:** ca. 2.500 Exemplare, 4 x jährlich
- LeserInnenkreis:** Träger und MitarbeiterInnen Offener Kinder- und Jugendeinrichtungen, DozentInnen, StudentInnen, Kommunale Jugendpflege
- Internet:** www.offene-jugendarbeit.info
- Redaktion:** Thea Koss, Burkhard Fehrlen
- Anzeigen:** Eric Bachert (BAG)
Anzeigen- und Beilagenpreise auf Anfrage.
Falls Sie Fragen haben, ist Eric Bachert
Ihr Gesprächspartner,
Telefon: 0711 / 89 69 15-32
E-Mail: e.bachert@bundesnetz.de



OFFENE JUGENDARBEIT

erscheint viermal jährlich.

Einzelpreis Druckausgabe **6,- €**
(zzgl. Versandkosten)

Jahresabonnement **15,- €**
(inkl. Versandkosten)

Zeitschrift als PDF **3,- €**

Bestellung unter www.tbt-verlag.de.

Für Mitglieder der BAG OKJE e.V. ist der Gesamtbezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Kündigungen sechs Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements.

Nachdruck von Beiträgen nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Zurücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beigelegt ist.

Die Zeitschrift kann bezogen werden über die BAG OKJE e.V., über den Verlag oder den Buchhandel.

Alle Rechte sind vorbehalten.

Die Herausgabe der Zeitschrift wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

